

## Stadtrat

### Protokoll

SR-Nr: 6. Stadtratssitzung  
Datum SR-Sitzung: 4. November 2024  
Beginn: 19:00 Uhr  
Schluss: 21:55 Uhr  
Ort: Gemeindesaal (2. Stock), Kirchbühl 23, Burgdorf

---

Die Sitzung wurde unter Angabe der Traktanden durch Publikation im Amtsanzeiger für Burgdorf und Umgebung Nr. 43 und 44 vom 24. und 31. Oktober 2024 bekannt gemacht.

Die Mitglieder des Stadtrates und Gemeinderates wurden zudem per Mail über die Aufschaltung der Traktandenliste und der übrigen Sitzungsunterlagen informiert und zur Sitzung eingeladen.

---

#### Teilnehmende:

<b>Stadtratspräsidentin</b>	Anette Vogt
<b>Stimmzähler</b>	Urs Wüthrich, Walter Bangerter
<b>Mitglieder des Stadtrates</b>	Roger Aebi, Annemarie Althaus-Zingg, Gabriela Bannwart, Elias Maier, Karin Karrer-Siegenthaler, Carmen Baumeler, Debra Marti, Urs Wüthrich, Walter Bangerter, Jürg Grimm, René Marti, Peter Hauser, Christian Hedinger, Franziska Maurer Roschi, Sybille Zingg Righetti, Ulrich von Känel, Barbara Lüthi-Kohler, Esther Liechti-Lanz, Fabian Käsermann, Jürg Kämpf, Manfred Schaffer, Yves Greisler, Philipp Schärf, Beat Neuenschwander, Marc Bracher, Beryll Veraguth, Miriam Hosner-Abbühl, Adrian Merz, Shana Kuster, David Hirschi, Simon Reusser, Pascal Hebeisen, Tanja Blume, Claudia Fankhauser, Jonas von Allmen, Mirjam Kalbermatten-Wüthrich, Hermann Dür, Viktoria Müller
<b>Entschuldigt</b>	Ian Thompson
<b>Stadtpräsident</b>	Stefan Berger
<b>Mitglieder des Gemeinderates</b>	Theophil Bucher, Charlotte Gübeli, Francesco Rappa, Beatrice Kuster Müller, Christoph Grimm, Peter von Arb
<b>Entschuldigt</b>	-

<b>Stadtschreiber</b>	Stefan Ghioldi
<b>Auskunftspersonen</b>	Christoph Murali, Leiter Finanzdirektion Mark Imhof, Leiter Stadtentwicklung
<b>Protokoll</b>	Brigitte Henzi

---

**Traktanden:**

- Genehmigung des Protokolls der Stadtratssitzung vom 16.9.2024	3
- Informationen der Stadtratspräsidentin	3
- Informationen aus dem Gemeinderat	4
- Orientierung Neubau Hallenbad	4
- Anpassung Abfall- und Gebührenreglement zur Angleichung an die kantonale Gesetzgebung betreffend Mehrweggeschirr	6
- Teilrevision Allgemeines Gebührenreglement (AGebR)	7
- Ersatzbeschaffung TLF1 2024-2025	7
- Farbwegareal; neue Finanzierungsmöglichkeiten für öffentliches Parking	9
- Finanzierung Localnet AG	12
- Gehaltsentwicklung 2025-2028	14
- Budget 2025	18
- Auftrag Grüne Burgdorf betreffend Weiterentwicklung Radwegring	25
- Postulat SVP/EDU-Fraktion betreffend Überprüfung von Lizenzgebühren von Software	27
- Postulat EVP-Fraktion betreffend Demenzfreundliche Stadt Burgdorf	28
- Verschiedenes und Unvorhergesehenes	29

### **Appell**

Der durch den Stimmenzähler Wüthrich Urs durchgeführte Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 39 Mitgliedern des Stadtrates (SR).

Der Rat ist beschlussfähig.

---

### **Traktandenliste**

Es erfolgen keine Änderungsanträge.

---

SRB: 2024-821 | Registratur-Nr. 1.7.1

### **Genehmigung des Protokolls der Stadtratssitzung vom 16.9.2024**

### **Verhandlung**

Es werden keine Bemerkungen gemacht.

### **Beschluss**

Der Stadtrat genehmigt grossmehrheitlich das Protokoll der Stadtratssitzung vom 16. September 2024.

---

SRB: 2024-822 | Registratur-Nr. 1.7.1

### **Informationen der Stadtratspräsidentin**

### **Verhandlung**

Stadtratspräsidentin Vogt Anette begrüsst die Anwesenden zur sechsten Sitzung im Jahr 2024. Im Speziellen begrüsst sie als Auskunftspersonen Muralt Christoph, Leiter Finanzen, und Imhof Mark, Leiter Stadtentwicklung.

Die Vorsitzende teilt mit, wer ein neues Bank- oder Postkonto hat, soll dies bitte Henzi Brigitte melden, damit die Auszahlung des Sitzungsgeldes korrekt erfolgt. Die nächste Stadtratssitzung findet am 9. Dezember 2024 statt und wird die letzte in diesem Jahr sein. Die Sitzung beginnt bereits um 17.30 Uhr, weil im Anschluss um zirka 19.30 Uhr das Jahresschlusessen stattfindet. Die Einladung folgt bald. In diesem Jahr klappt es mit dem Stadtratsausflug, organisiert von der FDP, leider nicht und muss deshalb abgesagt werden. Am Sonntag, 24. November 2024 finden die Gemeindewahlen statt. Vielleicht waren einige Mitglieder des SR bereits vor acht Jahren dabei als die Bekanntgabe der Wahlresultate im Atrium im Hotel Stadthaus stattfand. Die Resultate wurden mit Spannung erwartet. In diesem Jahr erfolgt die Bekanntgabe der Wahlresultate erneut im Hotel Stadthaus. Diese ist für 16.00 Uhr vorgesehen. Die Vorsitzende informiert über die besuchten Anlässe. Am 19. Oktober 2024 konnte sie die Hauptübung der Feuerwehr Burgdorf mitverfolgen. Es war die letzte unter der Leitung von Kommandant Rutschi Martin. Es war eine eindrückliche Feuerwehrübung. Am Abend desselben Tages hat sie an der Eröffnung der Kulturnacht Burgdorf teilgenommen. Am 24. Oktober 2024 besucht die Oberstufe Pestalozzi im Gemeindesaal den SR. An dieser Stelle ein herzliches Dankeschön an alle teilnehmenden Stadträtinnen und Stadträte sowie Gemeinderat Bucher Theophil,

Stadtschreiber Ghioldi Stefan und Henzi Brigitte für die Unterstützung bei der Durchführung des Besuches. Beim Besuch der Oberstufe Pestalozzi wurde eine Stadtratssitzung durchgespielt und es war für beide Seiten eine interessante Erfahrung.

---

SRB: 2024-823 | Registratur-Nr. 1.7.1  
**Informationen aus dem Gemeinderat**

### **Verhandlung**

Stadtpräsident Berger Stefan teilt mit, dass die Burgdorfer Gemeindewahlen erstmals mit smartvote durchgeführt werden. Die Anzahl der teilnehmenden Kandidierenden ist bereits erfreulich. Wer jedoch die Umfrage noch nicht ausgefüllt hat, soll doch dies noch nachholen. Weiter wird daran erinnert, dass gemäss neuer Bestimmung zur Transparenz die Offenlegung der Partei- und Wahlfinanzen ausgefüllt werden müssen. An der letzten Stadtratssitzung wurden die Fragen nach den Urheberrechten bei den Bildern auf der Website von Burgdorf geht voran aufgeworfen. Man ist davon ausgegangen, dass die entsprechenden Bilder als öffentlich verwendbare Bilder im Sinne von nicht kommerziellen Informationen angeschaut werden können. Dabei handelt es sich um eine Gesetzgebung, welche in der Schweiz noch nicht so bekannt ist. Die Bilder wurden gewechselt. Von allen Bildern sind die entsprechenden Urheberrechte vorhanden. Im weiteren informiert Stadtpräsident Berger Stefan über den Bildungscampus Burgdorf. Der Gemeinderat (GR) ist nach wie vor daran und man wird für das Anliegen kämpfen, damit die Mittel, die gesprochen wurden, auch freigegeben werden.

---

SRB: 2024-824 | Registratur-Nr. 2.3.1  
**Orientierung Neubau Hallenbad**

### **Verhandlung**

Stadtpräsident Berger Stefan stellt Imhof Mark, Leiter Stadtentwicklung, vor. Er hat bei der Machbarkeitsstudie mitgearbeitet. Was heute vorliegt, ist nicht irgendein Architekturprojekt, sondern es geht darum, ob die benötigte Fläche und Volumen an diesem Standort in dieser Variante umgesetzt werden können. Imhof Mark informiert über den Standort und den ganzen Prozess, der durchgeführt wurden.

Imhof Mark, Leiter Stadtentwicklung, informiert über den Prozess und wie man vorgegangen ist, wer an dem Prozess beteiligt war und welche Standorte man angeschaut hat, die für ein Hallenbad geeignet wären. Im weiteren wird über die Beurteilung des Standorts sowie zur Bestellung und Funktionsflächen wie auch zur Bebauungsstrategie des ausgewählten Best-Szenarios orientiert sowie einen Ausblick auf die Entwicklungsagenda erfolgen. Es fand ein sogenanntes "urban workshop Verfahren" statt, weil die Grundlagen nicht ganz eindeutig waren. Die Hallenbad AG hat gut gearbeitet und eine eigene Machbarkeitsstudie erarbeitet. Die Stadt Burgdorf hat jedoch ihre Rolle noch nicht positioniert, deshalb hat man insistiert und mitgeteilt, dass bei einer solchen wichtigen Infrastruktur auch die Ansichten und die Position der Stadt Burgdorf berücksichtigt werden muss. Die Stadt Burgdorf hat zusammen mit der Hallenbad AG die Machbarkeitsstudie initiiert. Diese ist in vier Teile gegliedert. Zuerst hat man für die Aufgabestellung ein gemeinsames Verständnis geschaffen, so dass man vom gleichen spricht. Danach wurden die verschiedenen möglichen Standorte bewertet. Einige Standorte sind ausgeschieden. Für diejenigen Standorte, die am besten geeignet sind, wurde

eine vertiefte Machbarkeitsstudie erarbeitet. Die Stadtentwicklung hat sie in Zusammenarbeit mit der Hallenbad AG erstellt. Das Arbeitsumfeld wurde stetig erweitert wie zum Beispiel mit der Bildungsdirektion, der Denkmalpflege und dem Heimatschutz. Beim Bau soll schlussendlich der beste Standort ausgewählt werden. Man hat alle, die auch später etwas dazu zu sagen haben, möglichst früh einbeziehen wollen. Man hat sich die Nachhaltigkeitsbeurteilung, was sich Burgdorf auf die Fahne geschrieben hat, auch in diesem Prozess integriert. Man hat für alle Standorte, die in Frage kommen, eine solche Nachhaltigkeitsbeurteilung gemacht, um am Schluss den geeignetsten Standort zu finden. Man hat verschiedene Standorte überprüft wie zum Beispiel bei der Eishalle, bei der Feuerwehr, auf dem Marktplatz, bei der alten Landi, im Schlosshügel analog wie in Thun, bei der Liegewiese und der Badimatte sowie am bestehenden Standort. Einige Standorte sind sofort ausgeschieden und einige hat man vertieft angeschaut. Man hat sich schlussendlich für die Variante Hallenbad plus entschieden. Hallenbad plus bedeutet der heutige Standort, aber mit erweiterter Parzelle. Die Beurteilung der Standorte erfolgte mit einer Matrix. Die Matrix beinhaltete verschiedene Fragestellungen, welche für die einzelnen Standorte aus den unterschiedlichsten Perspektiven beantwortet wurden. Die Antworten wurden bewertet und es gab Punktezahlen. Auf diesem Weg ist man zum besten Standort gelangt. Man hat sich entschieden, dass der heutige Standort plus den bestehenden Parkplatz am geeignetsten ist. Nach dem Standortentscheid ist man noch auf die Nutzung und die Bestellung sowie die Funktionsflächen der Hallenbad AG eingegangen. Die Bestellung der Hallenbad AG ist sehr detailliert ausformuliert. Im Rahmen der Machbarkeit konnte nicht jeder Raum geplant werden, man hat stattdessen Nutzungscluster gebildet. Die Cluster beinhalten die Badelandschaft, die Badezone, der Wellnessbereich, die Kurstraining, die Fitness und die Therapie. Man hat eine Strategie erarbeitet, und zwar nicht nach Architektur, sondern eine Bebauungsstrategie unter der Prämisse, dass das Hallenbad den Betrieb möglichst lange aufrechterhalten kann. Man will deshalb zuerst vorne die Badelandschaft bauen, während der hintere Teil in Betrieb bleibt. Wenn der vordere Teil erstellt und eröffnet ist, kann der hintere Teil umgebaut werden. Die Kernfunktionen können im Bestand erhalten bleiben während dem Neubau. Das Konzept sieht vor, dass der Neubau auf den heutigen Parkplätzen zu stehen kommt. Die heutigen Parkplätze werden nicht aufgelöst, sie werden ein Geschoss tiefer erstellt. Es sind genau gleich viele Parkplätze vorgesehen. In der zweiten Phase werden die ergänzenden Funktionen auf den heutigen Strukturen umgewandelt, was einen recht spannenden Effekt hat. Man kann sich vorstellen, dass man die bestehenden Strukturen umnutzen und umbauen kann und Raum für die Schulraumplanung zur Verfügung hat. Es stehen im Moment noch verschiedene Szenarien im Raum. Im Rahmen des nächsten Verfahrens wird man sehen, ob zusätzlicher Schulraum möglich ist. In der letzten Phase mit Vertiefung der Studie hat gezeigt, dass wir auch die Potenzialanalyse des Pestalozzi-Schulhauses miteinbezogen haben. Man hat mit dem Schulhaus Pestalozzi ausgerechnet wie viel Schulraum an diesem Ort realisiert werden kann. Es fand eine kombinierte Planung, also Hallenbad und Schulraumplanung, statt. Es ist ein zeitgemässer Ansatz, dass man nicht nur eine Nutzung baut, sondern versucht, im Sinne einer Innenentwicklung verschiedene Nutzungen synergetisch zu kombinieren, damit man vielleicht über den Wettbewerb nicht so viel Fläche braucht, wie das jetzt die Machbarkeitsstudie zeigt, und man vielleicht noch etwas verdichteter die Infrastruktur realisieren kann. Wie bereits erwähnt wurde, ist es nicht Architektur, sondern zeigt die formulierte Bestellung des Hallenbades. Im Dezember 2024 wird der Grundsatzentscheid des SR erfolgen und entschieden, ob man das Hallenbad in Burgdorf will. Wenn der SR Ja sagt, läuft die Schulraumplanung parallel dazu. Die Schulraumplanung schreitet ständig voran. Bis Ende Jahr sollte eigentlich die Bestellung der Bildungsdirektion zur Schulraumplanung vorliegen. Ab Januar kann die Vorbereitung eines qualitätssichernden Vergleichsverfahrens betreffend Hallenbad und Schulhaus Pestalozzi stattfinden. Vielleicht wird es ein Wettbewerb, ein Studienauftrag oder ein Totalanbieterwettbewerb. Im Vorfeld braucht es noch ein paar vertiefte Untersuchungen. Man will eine perfekte Basis schaffen, damit mit

dem Verfahren gestartet werden kann. Ein Resultat wird im Sommer 2026 erwartet. Ab diesem Zeitpunkt können dann auch die präzisen Kosten gerechnet werden.

---

SRB: 2024-825 | Registratur-Nr. 1.7.1

### **Anpassung Abfall- und Gebührenreglement zur Angleichung an die kantonale Gesetzgebung betreffend Mehrweggeschirr**

#### **Verhandlung**

Stadtratspräsidentin Vogt Anette stellt die Eintretensfrage. Gemäss Stillschweigen ist das Eintreten unbestritten.

Seitens der GPK und des GR werden keine Bemerkungen gemacht.

Stadtrat Maier Elias, namens der FDP-Fraktion, dankt dem GR für die rasche Umsetzung der Anpassung des Abfall- und Gebührenreglements sowie der vorgesehenen Verordnungsanpassung. Dank dem vorliegenden überparteilichen Auftrag wird es künftig punkto Mehrweggeschirr Rechtssicherheit geben und Burgdorf wird keine Sonderzüge mehr fahren. Für einmal kann man sagen eins zu null für den Pragmatismus. Auch der alte Zopf mit der Pfand- und Petflaschenregelung wird mit der Verordnung endlich angepasst. Man ist überzeugt, dass es mit genügend Petbehältern nicht zu mehr Abfall oder Littering führen wird. Die Familien sind sicher dankbar, wenn sie ihre Petflaschen nach dem Anlass nach Hause nehmen können und die Familienkasse nicht zusätzlich belastet wird. Generell bringt die Angleichung an die kantonalen Vorgaben diverse Vorteile und man kann wirklich von einer Win-Win-Situation sprechen. Letztlich ist es ein Bürokratieabbau. Dies auch mit dem Wegfallen des Ausfüllens des Abfallkonzeptes für kleinere Anlässe. Es ist auch für die Verwaltung eine Entlastung. Gerade auch jene, die kleinere Anlässe in Burgdorf durchführen möchten, wie es in der Vorlage steht, wird die Umsetzung auch seitens der Kultur wie auch vom Standortmarketing geschätzt. Unsere Kulturschaffenden und Freiwilligen können sich auf das Wesentliche konzentrieren, und vielleicht gibt es künftig auch wieder ein grösseres Catering-Angebot bei Anlässen. Ein Dank geht an Gemeinderat Rappa Francesco für die klaren Antworten im Sitzungsportal, wie auch für die rasche Umsetzung. Die FDP-Fraktion wie auch die auftraggebenden Parteien stimmen den vorliegenden Anträgen zu.

#### **Abstimmung**

1. Die Änderung von den Artikel 5a Abs.1 und Abs.2 des Abfall- und Gebührenreglement vom 19. September 2005 wird genehmigt.
2. Die Änderung unterliegt dem fakultativen Referendum.
3. Der Gemeinderat bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens.

#### **Beschluss**

Der Stadtrat genehmigt einstimmig die Anträge.

---

SRB: 2024-826 | Registratur-Nr. 3.12.3

### **Teilrevision Allgemeines Gebührenreglement (AGeBR)**

#### **Verhandlung**

Stadtratspräsidentin Vogt Anette stellt die Eintretensfrage. Gemäss Stillschweigen ist das Eintreten unbestritten.

Seitens der GPK werden keine Bemerkungen gemacht.

Stadtpräsident Berger Stefan teilt mit, dass man mit der Revision des Gebührenreglements einen Teil davon in die Gebührenverordnung verschieben will und zwar den Teil, bei dem es um die Stundenansätze geht. Jedes Mal, wenn die Stundenansätze periodisch überprüft werden und Änderungen nötig sind, braucht es eine Reglementsanpassung. Deshalb ist es aus Sicht des GR sinnvoll, wenn der Teil, bei dem es um die Gebühren respektive um die Stundenansätze geht, in der Verordnung verankert werden. Im online Tool wurden die neuen Stundenansätze aufgeschaltet. Der GR bittet den SR, die Anträge zu genehmigen.

Seitens des SR werden keine Bemerkungen gemacht.

#### **Abstimmung**

1. Die Änderung von den Artikel 13 Absatz 2 des Allgemeinen Gebührenreglements vom 17. Juni 2013 wird genehmigt.
2. Die Änderung unterliegt dem fakultativen Referendum.
3. Der Gemeinderat bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens.

#### **Beschluss**

Der Stadtrat genehmigt einstimmig die Anträge.

---

SRB: 2024-827 | Registratur-Nr. 2.28

### **Ersatzbeschaffung TLF1 2024-2025**

#### **Verhandlung**

Stadtratspräsidentin Vogt Anette stellt die Eintretensfrage. Gemäss Stillschweigen ist das Eintreten unbestritten.

Seitens der GPK werden keine Bemerkungen gemacht.

Gemeinderat von Arb Peter teilt mit, dass es beim vorliegenden Stadratsgeschäft um einen Investitionskredit für die Ersatzbeschaffung eines Tanklöschfahrzeuges (TLF) geht. Das zu ersetzende TLF hat Jahrgang 2004 und ist jetzt am Ende seines Lebenszyklus angelangt. In der Stadtratsvorlage steht, dass ein Fahrzeug normalerweise etwa 15 bis 20 Jahre in Betrieb ist. Verschiedene aufbautechnische Einrichtungen sind mittlerweile störanfälliger geworden. Im Rahmen der Fragenbeantwortung wurde ausgeführt, dass die Feuerwehr Burgdorf grossen Wert auf die Instandhaltung und Wartung setzt, damit das Fahrzeug in der Stadt Burgdorf und als Unterstützungspunktfeuerwehr jederzeit sichergestellt ist. Es ist jedoch an der Zeit, das TLF zu ersetzen.

Das TLF rückt mit einer fünfköpfigen Besatzung bei Brandeinsätzen im Gemeindegebiet als erstes Einsatzfahrzeug aus. Das Fahrzeug hat Löschwasser dabei und das nötige erste Einsatzmaterial, damit eine zeitgerechte Intervention garantiert werden kann. Das neu zu beschaffende TLF wird in Art und Grösse eigentlich dem heutigen entsprechen, aber natürlich auf dem neusten Stand der Technik ausgerüstet sein. In der Stadtratsvorlage steht, dass man die Prüfung von alternativen Antrieben sehr genau gemacht hat und intensiv bearbeitet hat. In der Stadtratsvorlage auf der Seite 3 und 4 sind die einzelnen Punkte zu den Antrieben aufgeführt. Im Fazit kann festgehalten werden, dass die Elektrotechnologie für nicht planbare Einsätze, wie das bei den Feuerwehrfahrzeugen der Fall ist, noch zu wenig fortgeschritten ist und somit nicht einsatztauglich ist. Bei diesen Elektrofahrzeugen muss auch mit höheren Investitionskosten gerechnet werden und zwar nahezu doppelt so viel. Das wäre gegenüber dem Nutzen, den dieses Fahrzeug erbringen muss, unverhältnismässig. Eine Projektgruppe der Feuerwehr erstellt das Pflichtenheft mit den nötigen Ausschreibungsunterlagen. In diesem Zusammenhang hat man auch bei anderen Feuerwehren geschaut, damit man einen Richtpreis für ein typähnliches Fahrzeug erhält. Der GR hofft auf die Zustimmung des SR für den vorliegenden Kredit von Fr. 560'000.--. Nach der Genehmigung wird mit dem Beschaffungsprozess gestartet. Man geht davon aus, dass es rund eineinhalb Jahre dauern wird. Es braucht also eine gewisse Zeit. Das zu ersetzende Fahrzeug ist bereits 20 Jahre im Einsatz und deshalb ist der Zeitpunkt für die Ersatzbeschaffung gut. Es gab im online Tool Fragen betreffend der gemeinsamen Beschaffung. Die Fragen wurden beantwortet. Bei anderen Feuerwehrorganisationen besteht zum heutigen Zeitpunkt kein Bedarf für ein typähnliches Fahrzeug. Ansonsten hätte man wieder eine gemeinsame Beschaffung geprüft und auch angestrebt. Bei der gemeinsamen Beschaffung kann weniger am Produkt als am Fahrzeug gespart werden, sondern vielmehr bei der Projektleitung und den administrativen Kosten. An dieser Stelle dankt Gemeinderat von Arb Peter der Feuerwehr Burgdorf, welche an der heutigen Sitzung unter anderem mit dem Kommandanten Rutschi Martin und dem designierten Kommandanten Hess Roger vertreten ist, für ihren Einsatz und ihre grosse Arbeit. Die Feuerwehr Burgdorf hatte bis jetzt in diesem Jahr bereits 154 Einsätze. Der SR wird um Zustimmung des Investitionskredites für das TLF gebeten.

Stadtrat Schärf Philipp, namens der GLP-Fraktion, teilt mit, dass das Geschäft sehr sauber, klar und plausibel ausgearbeitet wurde. Insbesondere die zusätzlichen Abklärungen bezüglich alternativen Antrieben werden geschätzt. Die GLP-Fraktion stützt den Entscheid, ein Fahrzeug mit konventionellem Antrieb zu beschaffen. Weshalb? Das TLF ist für Elektroantriebe weiterhin ein Nischenmarkt. Die jährliche Laufleistung ist tief und die Einsatzgestaltung ist unplanbar. Somit ist ein technischer, ökologischer und ökonomischer Elektroantrieb nicht zweckmässig. Im online Tool wurde gefragt, ob eine Lebensdauerverlängerung um zum Beispiel fünf Jahre nicht möglich wäre. Der ökologische und finanzielle Abdruck des im Einsatz stehenden Fahrzeug würde dabei zusätzlich verbessert. Gemeinderat von Arb Peter hat die Frage beantwortet. Die Lebensdauer des im Einsatz stehende Fahrzeug wurde schon um ein paar Jahre verlängert. Jetzt ist die Verfügbarkeit von Ersatzteilen nicht mehr gewährleistet. Die Ersatzbeschaffung macht deshalb Sinn. Die GLP-Fraktion unterstützt die Anträge.

Stadtrat Merz Adrian, namens der Grüne-Fraktion, teilt mit, dass die Feuerwehr Burgdorf ein anständiges Fahrzeug zur Verfügung haben muss. Deshalb wird die Grüne-Fraktion den Anträgen selbstverständlich zustimmen.

Stadtrat Schaffer Manfred, namens der SP-Fraktion, dankt für die ausführliche Aufarbeitung des Geschäftes. Die SP-Fraktion dankt den anwesenden Kolleginnen und Kollegen der Feuerwehr recht herzlich für ihre grosse Arbeit, die sie im Laufe des Jahres leisten. Es steckt viel Aufwand dahinter und ist nicht zu unterschätzen. Bei Wind und Wetter und bei allen möglichen und unmöglichen Zeiten



wird zu Einsätzen ausgerückt. Sofort parat sein und keine Fehler zu machen, das sind Herausforderungen, die ein Freiwilliger in der Feuerwehr hinkriegen muss. Mit 150 Einsätzen pro Jahr kann man davon ausgehen, dass jeder zweite Tag ein Einsatz folgt, aber dem ist nicht so. Es kann manchmal zeitlich wenig los sein und dann folgen Einsätze nach dem anderen. Es ist sicher allen klar, dass ein Elektrofahrzeug diese Bedingungen nicht erfüllt. Man will nicht, dass wenn es brennt und die Feuerwehr vorher bereits im Einsatz stand, dann sagen muss, man muss zuerst das Fahrzeug laden. Deshalb ist die Option eines Elektrofahrzeuges nicht möglich. Vielleicht ist man bei der nächsten Generation von Elektrofahrzeugen einen Schritt weiter. Man hat auch Verständnis beim Thema Grossbestellungen für mehrere Feuerwehren. Die Feuerwehr in Burgdorf ist eine Stützpunkfeuerwehr und deshalb sind die Anforderungen höher als bei einer Ortsfeuerwehr. Die SP-Fraktion stimmt dem Investitionskredit in vorliegender Form zu.

Stadträtin Liechti-Lanz Esther, namens der EVP-Fraktion, teilt mit, dass man der Anschaffung des TLF selbstverständlich sehr gerne zustimmen wird. Man ist dankbar für die Feuerwehr mit den langjährigen Korpsmitgliedern, aber auch für alle junge Leute, die sich entschieden haben bei der Feuerwehr freiwillig mitzuarbeiten. Die EVP-Fraktion dankt für die sehr detaillierte Darlegung des Geschäftes. Man lernt fortlaufend, auch wenn man im SR ist, wie zum Beispiel zum heutigen Thema Beschaffung eines Feuerwehrfahrzeuges.

#### **Abstimmung**

1. Investitionskredit von CHF 560'000.00 für die Ersatzbeschaffung eines Tanklöschfahrzeuges für die Feuerwehr Burgdorf zu Lasten Spezialfinanzierung Feuerwehr (Sachgruppen-Nr. 5060.03 Spezialfahrzeuge, Kostenstellen-Nr. 3310.5060.07 Ersatzbeschaffung TLF1).
2. Der Gemeinderat respektive die Einwohner- und Sicherheitsdirektion (Fachbereich Feuerwehr) wird mit dem Vollzug beauftragt.

#### **Beschluss**

Der Stadtrat genehmigt einstimmig die Anträge.

---

SRB: 2024-828 | Registratur-Nr. 2.3.2

#### **Farbwegareal; neue Finanzierungsmöglichkeiten für öffentliches Parking**

#### **Verhandlung**

Stadratspräsidentin Vogt Anette stellt die Eintretensfrage. Gemäss Stillschweigen ist das Eintreten unbestritten.

Seitens der GPK werden keine Bemerkungen gemacht.

Die Vorsitzende übergibt das Wort der GLP-Fraktion, weil sie einen Rückweisungsantrag eingereicht haben.

Stadtrat Schärf Philipp, namens der GLP-Fraktion, teilt mit, dass man bei der ersten Rückweisung des Geschäftes eine gesamtheitliche zukunftsgerichtete Bedarfsanalyse für das Bahnhofquartier bezüglich der Parkierungssituation gefordert hat. Das ist nicht geschehen, aber eine Ist-Analyse. Diese betrachtet den unmittelbaren Bedarf, ist aber längerfristig auch aus Sicht des GR mit klarer Unsicherheit behaftet. Bei der Finanzierung konnten die Kosten gesenkt werden. Diese sind aber,

wenn man es rechnet, immer noch zu teuer. Der Lösungsvorschlag ist technisch nicht zufriedenstellend. Die Zufahrt und der Zugang sind nicht an idealer Stelle. Da die Stadt Burgdorf beim Projekt als Takeholder und Landeigentümer involviert ist, wird erwartet, dass besser verhandelt respektive geplant wird und zwar zugunsten von Burgdorf. Es ist unklar, warum dies nicht möglich sein soll. Als Erstes erwartet man vom GR ein gesamtheitliches Konzept, welches den zukünftigen Parkierungsbedarf im Bahnhofquartier gesamtheitlich abbildet und die vorhandenen Parkplätze sowie die zukünftigen Projekte miteinbezieht. Falls dies zurzeit nicht möglich ist, scheint das von der Einwohner- und Sicherheitsdirektion vorgeschlagene Ersatzangebot eine vorübergehende Lösung zu sein, die zumindest einbezogen werden kann oder geprüft wird. Man ist skeptisch, weil der GR dafür und eine Direktion vehement dagegen ist. Die GLP-Fraktion ist ganz und gar nicht gegen die Bereitstellung von Parkplätzen im entsprechenden Perimeter für Gewerbe und Privatpersonen, aber man kann im Moment zum vorliegenden Projekt nicht Ja sagen. Es sind noch zu viele Unsicherheiten und Risiken vorhanden. Aus diesen Gründen stellt die GLP-Fraktion den Rückweisungsantrag.

Stadtrat Maier Elias, namens der FDP-Fraktion, teilt mit, dass man sich erneut intensiv mit dem Geschäft auseinandergesetzt hat. Die vorgesehene Kaufoption ist sicher besser als die Dienstbarkeit. Trotzdem hat sich an der Ausgangslage nicht so viel verändert. Grundsätzlich ist man klar der Meinung, dass in der Unterstadt und auch in der Bahnhofsnähe aufgrund diverser Bedürfnisse öffentliche Parkplätze benötigt werden. Dieser Punkt ist unbestritten. Diese Vorlage wird jedoch als Zwängerei erhoben. Deshalb wird die FDP-Fraktion den Rückweisungsantrag der GLP-Fraktion unterstützen. Die Kosten sind mit Fr. 105'000.-- pro Parkplatz nach wie vor zu hoch. Man muss auf die Stadtfinanzen schauen, auch wenn das Geld aus dem Parkplatzfonds stammt. Das Budget diskutieren wir an der heutigen Sitzung auch noch. Der Kostenfaktor der vorgesehenen Parkplätze sind viel zu hoch. Einerseits werden neue Parkplätze in einer ähnlichen Region zu Preisen von rund Fr. 40'000.-- in einem Parkhaus verkauft. Andererseits geht man bei den Baukosten von Parkplätzen in einer Tiefgarage von rund Fr. 25'000.-- bis 35'000.-- aus. Die Erläuterungen, weshalb es allenfalls teurer wird, hat man gesehen, aber der Faktor, weshalb es Fr. 105'000.-- kosten soll, ist nicht ganz klar. Sonst müsste man allenfalls die Diskussion wieder führen, ob wir nicht im Schlosshügel ein Parkhaus bauen möchten. Den Bedarf muss man prüfen. Im Quartier gibt es vielleicht noch andere und weitere Möglichkeiten, die man prüfen sollte. Man teilt die Auffassung, dass zum heutigen Zeitpunkt effektiv unklar ist, wie viele öffentliche Parkplätze es an diesem Standort braucht. Seit dem Wegfall des Migros do it ist es auf diesem Parkplatz schon deutlich leerer geworden. Warum hört man nicht auf die Verwaltung beziehungsweise die Einwohner- und Sicherheitsdirektion? Es ist zwar sehr speziell, dass in einer Vorlage einer Kollegialbehörde eine Direktion eine gegenseitige Meinung abgibt. Man geht jedoch davon aus, dass es bei der Vorlage berechtigte Gründe gibt. Am meisten stört die geplante Zufahrt. Sie ist nach wie vor sehr unbefriedigend und es bräuchte nochmal eine Überarbeitung. Als Anwohner der Bahnhofstrasse ist Stadtrat Maier Elias direkt betroffen. Burgdorf macht so viel im Bereich des Klimas und die eingereichte Stadtklimainitiative hat vermutlich das Ziel, die Unterstadt weiter zu verkehrsberuhigen. Mit dieser Vorlage machen wir genau das Gegenteil. Wenn wir alle Fahrten rechnen, die einen Umweg über die Flanierzone machen, ist es aus Umweltsicht absolut absurd. Der Zugang zur Hauptstrasse wäre so nahe und naheliegend. Die FDP-Fraktion wird das Geschäft erneut zurückweisen und fordert eine klar verbesserte Lösung.

Stadtrat Hedinger Christian, namens der Grüne-Fraktion, teilt mit, dass man das Geschäft eingehend diskutiert hat und zum Antrag Stimmfreigabe beschlossen haben. Es gibt zum Geschäft verschiedene Ansichten. Die Grüne-Fraktion ist nicht wahnsinniger Fan von Parkplätzen und will den motorisierten Individualverkehr nicht fördern. Man stellt sich die Frage, ob die Stadt Burgdorf tatsächlich die Aufgabe hat, um für das Gewerbe und weitere Personen Parkplätze zu bauen. Dazu gehen die Meinungen auseinander. Einige sind der Meinung, wenn schon Parkplätze dann unterirdisch. Die

oberirdischen Parkplätze müssen weg, wir brauchen Freiraum und zudem hat es im Bahnhofquartier kaum Grünflächen. Man muss vorwärts machen und an dieser Stelle wäre die Lösung, dass die Parkplätze unterirdisch entstehen, möglich. Es besteht auch die Möglichkeit andere Parkplätze aufzuheben und entsprechend mehr Freiraum zu schaffen. Aus diesen Gründen hat die Grüne-Fraktion Stimmfreigabe beschlossen.

Stadtrat Käsermann Fabian, namens der SP-Fraktion, teilt mit, dass man das Geschäft sehr intensiv und kontrovers diskutiert hat. Es gibt verschiedene Meinungen von Ablehnung, Annahme und Zurückweisen. Die SP-Fraktion hat an der Juni-Sitzung, als das Geschäft zum ersten Mal traktandiert war, den Rückweisungsantrag eingereicht. Die Rückweisung stellte die Forderung nach Abklärungen von alternativen Finanzierungsmodellen und eine Bedarfsanalyse für den ganze Perimeter. Positiv zu erwähnen ist die neue Abklärung mit zwei neuen Finanzierungsvarianten. Zu erwähnen ist, dass die Parkhäuser im Perimeter im privaten Besitz sind, und deshalb ist die Bedarfsanalyse nicht wirklich abgehandelt worden. Man hat sich gefragt, ob bei einer Rückweisung substanziell mehr Informationen zum Bedarf der Parkplätze am Farbweg zu erwarten ist. Dabei gehen die Meinungen in der SP-Fraktion auseinander. Einige sind der Meinung, dass der GR noch mehr abklären soll und die anderen sind der Meinung, dass die zusätzlichen Informationen die Meinungsbildung nicht massiv verbessern könnten. Die geforderten Dinge wurden nicht geliefert gegenüber einer realistischen Abschätzung. Welche Zusatzinformationen der Parkhäuser könnten noch geliefert werden, die eine Entscheidung heute Abend unmöglich macht? Die Kosten liegen auf dem Tisch. Bevor der SR abstimmt, hätte man vom GR eine Stellungnahme betreffend welche zusätzlichen Informationen noch zu erwarten wären, wenn das Geschäft zurückgewiesen wird. Deshalb möchte man gerne darüber diskutieren und das Geschäft nicht einfach zurückweisen, wie wir es das letzte Mal gemacht haben. Vielleicht ist man in drei Monaten wieder an gleicher Stelle. Wenn das Geschäft zurückgewiesen wird, stellt die SP-Fraktion einen Zusatzantrag zum Antrag des GR, wenn der motorisiert Individualverkehr mit 5.5 Mio. Franken unterstützt wird. Die SP-Fraktion fordert, dass der GR dafür sorgt, dass die teuren unterirdischen Parkplätze auch genutzt werden, das heisst, der GR soll dafür sorgen, dass das Parkieren von den oberirdischen zu den neuen unterirdischen Parkplätzen im Bahnhofquartier entsprechend gelenkt wird. Dies auch im Hinblick auf die vier Parkhäuser im Bereich des Bahnhofes (Neumarkt, Mergele, Farbweg und Gertschmuseum). Das trägt dazu bei, dass weniger Platz in der Innenstadt für den stehenden Verkehr beansprucht wird und damit die wertvollen Flächen für weitere Bedürfnisse wie Freiraum, Begegnungen und auch für den Fuss- und Veloverkehr frei wird. Das hilft für eine optimal Nutzung der öffentlichen Fläche und schafft sowohl einen attraktiven öffentlichen Raum und unterstützt eine nachhaltige Stadtentwicklung. Die SP-Fraktion ist uneinig betreffend der Rückweisung. Stadtrat Käsermann Fabian wird persönlich das Geschäft nicht zurückweisen und dem Änderungsantrag der SP-Fraktion zustimmen. Beim Bushofprojekt vor vier Jahren im SR wurde gesagt, als es um die Parkplätze beim Bahnhof ging, dass man beim Farbweg parkieren kann.

Stadtrat Greisler Yves, namens der Mitte-Fraktion, teilt mit, dass man die Vorlage ebenfalls intensiv diskutiert hat. Die Voten der Vorredner werden nicht wiederholt. Bei den Finanzierungsvarianten kommt für die Mitte-Fraktion eigentlich nur die Variante Kauf infrage. Man ist jedoch immer noch nicht von diesem Projekt begeistert. Nebst den immensen Kosten ist auch die Zu- und Wegfahrt zum neuen Parkhaus durch das Bahnhofquartier nicht optimal gelöst. Die Mitte-Fraktion unterstützt deshalb in einem ersten Schritt den Rückweisungsantrag der GLP-Fraktion. Die Überarbeitung soll nicht nur im Hinblick auf die Kosten geschehen. Sollte die Rückweisung jedoch keine Mehrheit finden, wird die Mitte-Fraktion dann gezwungenermassen in den sauren Apfel beissen und sich für die Variante Kauf entscheiden. Die Notwendigkeit von öffentlichen Parkplätzen im Bahnhofquartier mit seinen Gewerbe- und Dienstleistungsbetrieben ist ersichtlich und zwingend nötig. Man vermisst

seitens der Verantwortlichen jedoch auch eine Gesamtplanung oder ein Gesamtkonzept für die Parkierung im Bahnhofquartier.

Stadträtin Liechti-Lanz Esther, namens der EVP-Fraktion, teilt mit, dass es ein hin und her war. Bezüglich des Rückweisungsantrages hat die EVP-Fraktion Stimmfreigabe beschlossen. Falls die Rückweisung nicht zustande kommt, wird man sich dem Änderungsantrag der SP-Fraktion anschliessen.

#### **Abstimmung**

Rückweisungsantrag GLP-Fraktion

#### **Beschluss**

Der Stadtrat stimmt mit 25 Ja und 13 Nein Stimmen bei 1 Enthaltung dem Rückweisungsantrag zu.

Stadtpräsident Berger Stefan teilt mit, dass der SR machen kann, was er will, aber als GR hätte man vielleicht gerne noch etwas zum Geschäft erläutert. Der GR akzeptiert den Entscheid. Der GR wird den Entscheid der Raiffeisenpensionskasse (RPK) mitteilen und erläutern. Die gestellte Forderung bedingt eine neue Planung. Diese Planung wurde vor langer Zeit gemacht und der jetzige GR war bei der Planung des Perimeters nicht dabei. Das bedingt, dass es ein neues Projekt und eine neue Planung gibt. Es ist aber unklar, ob die RPK zustimmen wird. Man wird es mit ihr diskutieren und besprechen müssen. Vielleicht will die RPK das vorliegende Projekt so durchziehen. Man ist offen und wird schauen, was man mit der RPK tun kann. Der GR wird den SR an der nächsten Stadtratssitzung vom 9. Dezember 2024 entsprechend informieren. Die RPK ist nebst der PTV-Pensionskasse der technischen Verbände einer der beiden Investoren.

---

SRB: 2024-829 | Registratur-Nr. 1.7.3

#### **Finanzierung Localnet AG**

#### **Verhandlung**

Stadtratspräsidentin Vogt Anette stellt die Eintretensfrage. Gemäss Stillschweigen ist das Eintreten unbestritten.

Seitens der GPK werden keine Bemerkungen gemacht.

Gemeinderätin Kuster Müller Beatrice teilt mit, dass die Localnet AG wie immer anfangs Jahr beim GR war und ihren Jahresbericht vorgestellt hat. In diesem Zusammenhang hat die Localnet AG auch deponiert, dass sie eigentlich Kapital brauchen würden. Einerseits braucht es Kapital, um die Energieversorgung in den nächsten Jahren umzubauen und es braucht erhebliche Mittel. Es geht dabei vor allem um den Wärmeverbund. Andererseits braucht es Kapital aufgrund der Ausschüttung der Substanzdividende der 10 Mio. Franken an die Stadt Burgdorf. Die Substanzdividende der 10 Mio. Franken wurde per 1. Juli 2024 an die Stadt Burgdorf überwiesen. Die Localnet AG hat bereits damals geäussert, sich eine Aktienkapitalerhöhung von 10 Mio. Franken vorstellen zu können. Bisher sind es 15 Mio. Franken und bei einer Erhöhung wären es 25 Mio. Franken. Gemeinsam mit der Localnet AG hat die Stadt Burgdorf eine Finanzauslegeordnung gemacht und verschiedene Situationen geprüft. Es macht jedoch am meisten Sinn, wenn das Darlehen um 10 Mio. Franken erhöht wird. Weshalb? Die

Wärmeversorgung ist der wichtigste und grösste Hebel, um direkt Treibhausgasemissionen in Burgdorf reduzieren zu können. Die Localnet AG folgt der Klimastrategie der Stadt Burgdorf. Die Localnet AG ist deshalb gezwungen dort vorwärtszumachen, denn wenn wir nicht konsequent sind, werden wir das Klimaziel nicht erreichen. Die Localnet AG wird auch dafür besorgt sein, dass die Mittel der Aktienkapitalerhöhung ausschliesslich für den Ausbau von Wärmeverbunden genutzt wird. Die Localnet AG ist auch noch in anderen Gemeinden tätig. Die Aktienkapitalerhöhung hat Auswirkungen auf die Erfolgsrechnung der Stadt Burgdorf. In jedem Fall wird eine kleine Verbesserung im Rückfluss bei den Dividenden zu verzeichnen sein. Ab dem Jahr 2027 sollte es spürbar sein. Es hängt aber sehr darauf an wie sich die Zinskosten entwickeln. Es wird eine Neuverschuldung der Stadt Burgdorf geben. Der GR sieht es als Chance, dass die Dividenden bei guter finanzieller Entwicklung der Localnet AG sogar bedeutend höher ausfallen werden. Das Risiko sind die Zinskosten, die eine Auswirkung auf die Neuverschuldung hat. Mit der neu ausgehandelten Vereinbarung resultiert für die Stadt Burgdorf ab dem Jahr 2025 in jedem Fall eine Besserstellung, dass man Geld erhält. Gestützt auf die mittelfristige Planung der Localnet AG kann bereits im Jahr 2025 und 2026 auch ohne Aktienkapitalerhöhung mit einem substanziellen Mehrertrag gerechnet werden. Ab dem Jahr 2027 wird mit der geplanten Aktienkapitalerhöhung die Dividenden massiv höher ausfallen. Die Localnet AG hatte bisher ein Kontokorrent von fast 4 Mio. Franken. Dieser wurde im Jahr 2023 verzinst mit 1.4 Prozent. Das Kontokorrent wurde gemacht, damit nicht unnötig Geld hin und her geschoben wird. Neu wird dieses Kontokorrent umgewandelt. Dies ist eigentlich bereits per 30. September 2024 geschehen, und zwar in ein Darlehen von maximal 5 Mio. Franken. Dieses ist immer rückzahlbar und im Moment bis zum 30. Mai 2025. Das ist eine Information und darüber kann der SR nicht abstimmen. Dieser Beschluss liegt in der Kompetenz des GR. Bei den 5 Mio. Franken können wir immer durch den Zins einen kleinen Gewinn erzielen. Letztlich ist es auch eine kleine Kapitalanlage. Der GR empfiehlt diesen Weg zu gehen und der Localnet AG die Aktienkapitalerhöhung zu genehmigen. Dadurch wird auch die Eigenkapitalquote der Localnet AG gestärkt. Gerade im Hinblick auf die Investitionen bei den Wärmeverbunden wird daran erinnert, dass der SR den Klimanotstand ausgerufen hat. Schon damals wurde gesagt, dass dies etwas kosten wird. Das vorliegende Geschäft ist ein weiterer Schritt in diese Richtung.

Stadtrat Kämpf Jürg, namens der FDP-Fraktion, teilt mit, dass man der Aktienkapitalerhöhung von 10 Mio. Franken zustimmen wird. Allerdings hat man ein paar kritische Bemerkungen dazu. Zur angewendeten Doppelmoral des GR hat man noch ein paar Fragen. Einerseits greift man alternativ in eine Strategie der Localnet AG ein, die sicher substanziell eine gesunde Firma ist, und trotzdem zwingt man sie nachher praktisch ohne Vorlauf unter dem Motto Klimanotstand sich vor allem vom Gas sofort zu trennen. Das Gas ist bisher ein sehr lukratives Geschäft für die Localnet AG und nun soll anstelle der Wärmeverbund ausgebaut werden. Den Ausbau des Wärmeverbundes wird nicht als kritisch betrachtet, aber ohne Vorlauf und in diesem Tempo sich von einer guten Milchkuh zu trennen, also vom Gas, ist nicht sinnvoll. Dafür holt man sich von der Stadt Burgdorf grosszügig alljährliche Dividenden und Konzessionsangaben von bisher 3.4 Mio. Franken. Die Frage stellt sich schon, ob diese 10 Mio. Franken der Localnet AG überhaupt ausreichen, um auch in Zukunft die entsprechenden Erträge durch den Energieumbau generieren zu können. Jedenfalls scheut sich der GR nicht nach der Kapitalerhöhung minimal 3.5 Mio. Franken zu erhalten. Das entspricht Fr. 100'000.- mehr als bisher, was bereits auf sicher ist. Der GR rechnet aber sogar mit 4.3 Mio. Franken, was 9 Prozent Dividende und Konzessionsabgaben von 2 Mio. Franken entspricht. Man geht davon aus, dass es sich um eine Bedingung der Localnet AG handelt, damit es erfolgswirksamer macht und die fixe Abgabe Fr. 500'000.-- beträgt und dafür erfolgswirksamer arbeitet. Es ist erstaunlich und eindrucklich über den Spagat, den sich der GR erlaubt, wenn es um die eigene Rechnung geht. In der Privatwirtschaft wären es genau die gleichen Kreise, die von gierigen Aktionären sprechen, die ihre Taschen füllen. Dabei spielt es dann plötzlich keine Rolle mehr, wer diese Zeche eigentlich bezahlt

und das sind nämlich die privaten Haushalte und die Firmen. Wir wissen, dass die Strompreise in Burgdorf schweizweit verglichen, eher auf der teuren Seite sind. Die FDP-Fraktion wünscht sich jeher eine verbesserte städtische Finanzsituation, aber man hofft, dass die Localnet AG eine sehr gesunde Aktiengesellschaft ist und nicht plötzlich darüber Rauch ist und viel weniger Milchleistung erbringt nur weil der GR seit Jahren nicht gewillt ist, das Ausgabenwachstum wirksam zu bremsen.

Stadträtin Blume Tanja, namens der SP-Fraktion, teilt mit, dass die Vorlage begrüsst wird und zugestimmt wird. Die Investition ist richtig und wichtig, um eine zukunftsgerichtete und nachhaltige Energieversorgung in der Region Burgdorf aufzubauen. Insbesondere für den Ausbau der Wärmeverbunde wird das Geld dringend benötigt. Wie in der Vorlage ausgeführt wurde, ist es klar, dass eine soziale und nachhaltige Klimapolitik nicht gratis ist, aber jeder Franken, den wir jetzt in erneuerbare Energien investieren, wird sich in ein paar Jahrzehnten mehr als gelohnt haben. Die zukünftige Generation wird uns danken, dass wir es jetzt anpacken.

Stadtrat von Känel Ulrich, namens der GLP-Fraktion, teilt mit, dass man dem Antrag auch zustimmen wird. Wie Vorredner Stadtrat Kämpf Jürg hat man aber ein wenig ein ungutes Gefühl bei dieser Abwicklung, insbesondere bei den stolzen Beiträgen, die nachher ausgeschüttet werden. Man muss sich auch im Hinblick auf die Vergangenheit befassen. Wenn die Kapitalerhöhung nicht zuletzt auf die ausgeschütteten Substanzdividenden zurückzuführen ist, muss man sich fragen, ob man mit diesen hohen Abgaben, den hohen Dividenden, die Localnet AG nicht schwächen würde. Für zukünftige Investitionen, die sie machen, lässt man sie wieder ausbluten, so dass man wieder eine Kapitalerhöhung machen muss. Wie bereits vom Vorredner erwähnt, bezahlen dies schlussendlich die Kunden der Localnet AG. Es besteht ein wenig der Verdacht, dass es dort ein bisschen wie versteckte Steuern sind, die man bezahlt. Das wäre nicht korrekt und muss in der zukünftigen Finanzpolitik der Stadt Burgdorf berücksichtigt werden. Es steht nicht unbedingt jetzt schon zur Diskussion, aber die Bedenken und das unguete Gefühl muss auch einmal ausgesprochen werden. Die GLP-Fraktion wird aber dem Antrag zustimmen.

Gemeinderätin Kuster Müller Beatrice teilt mit, dass die Konzessionsabgaben gesunken sind. Die versteckten Steuern sind eigentlich die Konzessionsabgaben. Die gemachten Voten sind speziell.

### **Abstimmung**

1. Der Stadtrat genehmigt einen Betrag von CHF 10'000'000.00 zwecks einer Erhöhung des Aktienkapitals der Localnet AG.
2. Der Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum.

### **Beschluss**

Der Stadtrat genehmigt mit 36 Ja Stimmen bei 3 Enthaltungen die Anträge.

---

SRB: 2024-830 | Registratur-Nr. 3.5.5

### **Gehaltsentwicklung 2025-2028**

### **Verhandlung**

Stadtratspräsidentin Vogt Anette stellt die Eintretensfrage. Gemäss Stillschweigen ist das Eintreten unbestritten.

Seitens der GPK werden keine Bemerkungen gemacht.

Stadtpräsident Berger Stefan teilt mit, dass es bei dieser Vorlage weder um das angewendete Lohnsystem der Stadt Burgdorf noch um die Diskussion der Anzahl Stellen geht, sondern wie die Gehaltsentwicklung gemäss dem Personalreglement umgesetzt werden kann. Mit dem aktuellen Antrag wollen wir den erfolgreichen Weg, den wir in den letzten vier Jahren bestritten haben und sich bewährt hat, weiterführen. Wie in der Stadtratsvorlage vom November 2020 aufgeführt war, hat man am Ende der Vierjahresperiode extern überprüfen lassen, ob der damalige Beschluss auch eingehalten wurde. Die Analyse von Ernst & Young hat gezeigt, dass man sich strikt an die beschlossenen Massnahmen gehalten hat. Es ist das angewendete Lohnmodell der Stadt Burgdorf. Es ist nach wie vor sehr stabil und die Stadt Burgdorf hat sich sparsam verhalten. Dies ist ersichtlich, indem man den Ausschöpfungsgrad betrachtet, den man für den Erfahrungswert und für den Leistungsanteil zur Verfügung hat. Beide Werte oder beide Punkte werden zu je rund einem Drittel ausgeschöpft. Weiter wurde festgehalten, dass das System in Burgdorf gut funktioniert und nicht zurecht gebogen und konsequent angewendet wird. Die Lohnentwicklung in der Stadt Burgdorf findet primär nach Leistung und nicht automatisch statt. Das Resultat dieser Überprüfung ist in der stadträtlichen Begleitgruppe, der Name ist zugegeben ein wenig irreführend, wo jede Partei unabhängig vom Gewicht im SR, vertreten war, präsentiert und erläutert. Auf eine detaillierte Erläuterung des Lohnsystems wird verzichtet, das wurde bereits vor vier Jahren gemacht und in der Stadtratsvorlage gut beschrieben. Im Überprüfungsbericht hat es einen interessanten Ausblick auf die Altersstruktur. Man wird aufgrund von Pensionierungen in den nächsten zehn Jahren rund ein Drittel der Vollzeitstelle ersetzen müssen. Dies ist je nach Stelle und Fachkräftemangel vermutlich nicht ganz einfach. Das bedeutet aber auch im Umkehrschluss, dass in der Tendenz die Personalkosten in den nächsten Jahren gleichbleiben oder vielleicht sogar leicht sinken könnten. In Betrachtung all dieser Parameter erachtet der GR den Anstieg des Bruttolohnaufwands um 1 Prozent pro Jahr für die individuelle Gehaltsentwicklung als notwendig und zweckmässig. Der GR verzichtet bewusst auf die Empfehlung, die Ernst & Young gemacht hat, wonach man alle zwei Jahre ein zusätzliches halbes Prozent geben sollte. Weiter soll man wie bis anhin der Stellenabbau, die Rotationsgewinne, der Personalwechsel oder die Pensionierungen die Lohnentwicklung nicht verbessern, aber auch zusätzliche Stellen sollen die Lohnentwicklung nicht verschlechtern. Diese Massnahmen sollen wie beim letzten Mal gegen Ende der Legislatur 2025 bis 2028 auch wieder überprüft werden, damit man sicher ist, dass das was wir beschliessen, auch effektiv angerechnet wird. In diesem Sinn dankt der GR für die Zustimmung der Anträge.

Stadtrat Aebi Roger, namens der Mitte-Fraktion, dankt dem GR und der Verwaltung für die Ausarbeitung der Vorlage. Das Einsetzen einer Begleitgruppe mit Vertretern aus allen im SR vertretenen Parteien wurde begrüsst. Leider konnten die Vertreter die Gehaltsentwicklung nicht begleiten, sondern wurde im Vorfeld über das Gehaltssystem informiert. Im Zusammenhang mit der Erhöhung und der finanziellen Situation der Stadt Burgdorf hätte vor allem das Lohnniveau im Vergleich zu anderen Organisationen interessiert. Das Gutachten von Klingler Urs zeigt auf, wie das Gehaltssystem in der Verwaltung funktioniert. Das Gehaltssystem der Stadt Burgdorf ist für Aussenstehende relativ komplex, so gibt es zum Beispiel für 200 Angestellte der Stadt Burgdorf rund 138 Funktionen mit 30 Gehaltsklassen sowie Funktionserfahrungs- und Leistungsanteile. Zudem steigen die Löhne überproportional, sodass Ältere bevorzugt und Jüngere eigentlich nicht gefördert werden. In der Präsentation des Gehaltssystems hat der Vergleich der Gehälter zu ähnlichen Organisationen oder Gemeinden, aber auch zur Entwicklung von Vergleichsindexen gefehlt. Es wird deshalb befürchtet, dass sich das Lohnniveau der Stadt Burgdorf vom Markt weit bewegt und zwar nach oben. Im Vergleich zum Landesindex der Konsumentenpreise und zum Normallohnindex haben sich die Löhne der Stadt Burgdorf jedenfalls überproportional entwickelt. Seit dem Jahr 2011 sind die

Preise um 4 Prozent und die Löhne der Stadt Burgdorf um 22 Prozent gestiegen. Der Nominallohnindex der öffentlichen Verwaltung hat sich in derselben Zeit auch nur um 11.4 Prozent erhöht. Um die Attraktivität der Stellen zu bewerten, sind nicht nur die Löhne, sondern auch die gesamten Arbeitsbedingungen massgebend. Es sind insbesondere die grosszügigen Pensionskassenbeiträge der Stadt Burgdorf zu erwähnen und ein weiterer Indikator ist auch die Fluktuationsrate, die ebenfalls tief ist bei der Stadt Burgdorf. Für die kommende Legislatur 2025 bis 2028 wird eine jährliche Erhöhung des Bruttolohnaufwands von 1 Prozent gefordert. Darin nicht enthalten ist der Teuerungsausgleich von ebenfalls 1 Prozent. Das ist im Budget 2025 bereits berücksichtigt, obwohl die Teuerung rückläufig ist und im Jahr 2025 nur 0.7 Prozent beträgt. Die Mitte-Fraktion verlangt eine Überprüfung des Lohnniveaus auf die nächste Legislatur und nicht nur eine Überprüfung der Massnahmen. Da aufgrund der Präsentation keine Vergleichsangaben zum Lohnniveau vorliegen und damit keine Beurteilung zur Erhöhung möglich ist, wird sich die Mitte-Fraktion bei der Abstimmung enthalten.

Stadtrat Hirschi David, namens der EVP-Fraktion, hat im Rahmen der Begleitgruppe am 17. Oktober 2024 an der Infoveranstaltung teilgenommen. An der Infoveranstaltung hat Klingler Urs von Ernst & Young das Lohnsystem erläutert und genau analysiert. Bei der Stadt Burgdorf gibt es bei den Angestellten 138 Funktionsstufen, was gemäss Klingler Urs ein ideales Portfolio ist. Das Lohnsystem der Stadt Burgdorf ist sehr professionell und traditionell, aber orientiert sich nicht am Markt. Klingler Urs hat auch gesagt, dass die Stadt Burgdorf eines der besten Lohnsysteme hat. Die Zahl, die auch noch genannt wurde, ist das Verhältnis vom höchsten zum tiefsten Lohn von 1 zu 3.82. Es ist ein relativ schwaches Gefälle. Interessant war auch, dass die Stadt Burgdorf die Kosten eigentlich gut im Griff hat. So konnte beim maximalen Ausnützen der Lohnbänder die Löhne 14 Prozent höher sein als sie eigentlich sind. Die Kostenkontrolle hat die Stadt Burgdorf beim Personal sehr gut im Griff. Die Stadt Burgdorf ist auch bei Neueinstellungen sehr diszipliniert, auch im Vergleich zu anderen Städten. Aufgrund dieser Daten und Zahlen wird die EVP-Fraktion den Anträgen zustimmen.

Stadtrat Kämpf Jürg, namens der FDP-Fraktion, teilt mit, dass er ebenfalls in der Arbeitsgruppe vertreten war. Er hat viel gelernt über das Lohnsystem und grundsätzlich auch über die Gehaltsentwicklung. Allerdings war es schwierig, den Fokus wirklich darauf zu behalten und man schweift eigentlich gerne noch auf die eigentliche Problematik um. Wie hoch sind denn eigentlich die Löhne und vor allem auch der Stellenzuwachs in den letzten Jahren? Heute geht es aber um die Gehaltsentwicklung bis ins Jahr 2028. Die FDP-Fraktion wird dem vernünftigen und gesunden Lohnwachstum von 1 Prozent zustimmen. Im Antrag hat es aber Verstecktes oder eine offene Grundhaltung, die man kritisch hinterfragt. Es ist sicher eine Tatsache, dass die Stadt Burgdorf im Vergleich mit umliegenden Gemeinden sehr gute Löhne bezahlt. Dass man von einer stabilen Personalaufwandentwicklung spricht, wenn die Löhne seit dem Jahr 2019 um 4.1 Mio. Franken zugenommen haben, scheint eine ziemlich mutige Aussage. Wie Stadtpräsident Berger Stefan erwähnt hat, gibt es wirklich eine Chance für die Stadt Burgdorf mit den wirklich zahlreichen Pensionierungen in den nächsten Jahren. Man weiss aber auch, dass man schon Pensionierungen bei gewichtigen Positionen hinter sich hat und dort ist man den Beweis schuldig geblieben. Bisher hat sich das auf die Personalkosten keineswegs ausgewirkt. Man hofft schon, dass man zu den sogenannten Fluktuationsgewinnen kommt. Man ist jetzt eigentlich der Meinung, dass man schlussendlich dann auch etwas merkt. Typisch ist dann die Bemerkung in diesem Zusammenhang, dass sich dadurch Sparmassnahmen beim Personalaufwand nicht aufdrängen würden. Das eine schliesst doch einfach das andere nicht aus. Das eine ist eine Chance, entweder wird diese dann wahr oder nicht. Den Beweis ist man schuldig. Auf der anderen Seite ist es genau gleich, dass man Sparmassnahmen beim Personalaufwand genau möglich macht, wo es notwendig ist. Die Grundhaltung, dass sich bei stabilen Löhnen das System der Stadt Burgdorf langsam aus dem



Arbeitsmarkt bewegt, heisst nichts anderes, als dass die Stadt Burgdorf eigentlich überzeugt ist, dass sie zu tiefe Löhne bezahlt, weil sie irgendwann keine Leute mehr anstellen kann. Die Löhne der öffentlichen Hand haben sich gegenüber der Privatwirtschaft längst angeglichen und zum Teil sogar überholt. Förderlich ist sicher nicht der Lohnwettbewerb zwischen den Städten, dem Kanton und Bund. Das ist volkswirtschaftlich eine ungesunde Entwicklung für jeden Gesamthaushalt. Die FDP-Fraktion kritisiert auch die Grundhaltung, die herrscht, gemäss dem Motto "Wir machen alles richtig, eigentlich müssten wir mehr bezahlen und wir behalten uns vor, neue Stellen zu schaffen". Das kann nicht das ganzheitliche Ziel der Stadt Burgdorf sein. Die FDP-Fraktion wird wie bereits erwähnt dem Antrag zustimmen.

Stadtrat Schaffer Manfred, namens der SP-Fraktion, teilt mit, dass er ebenfalls Mitglied der Begleitgruppe war und hat es sehr geschätzt, dass man das Lohnsystem einmal relativ ausführlich und vertieft präsentiert erhalten hat. Das Lohnsystem der Stadt Burgdorf ist austariert. Ein wichtiger Punkt ist auch, dass es fair ist. Die Anstellungsbedingungen und der Aufstieg im Lohnsystem sind für alle nachvollziehbar. Im Bereich Erfahrungsanteil muss aufgepasst werden. Dieser ist nicht voll ausgeschöpft. Auch in Anbetracht der demografischen Entwicklung des Personalkörpers der Stadt Burgdorf und der entsprechenden neuen Besetzungen, die dann anstehen, ist darauf zu achten, dass das Lohnsystem sich am Markt orientiert. Man hat schon gehört, dass es in gewissen Bereichen eine Herausforderung sei Fachkräfte zu finden. Das könnte sich in der Zukunft noch etwas verschärfen. Im ersten Quartal 2028 soll man das nochmals anschauen, was ein wichtiger Punkt ist. Die SP-Fraktion empfiehlt die Vorlage entsprechend dem Vorschlag des GR anzunehmen.

Stadtrat von Känel Ulrich, namens der GLP-Fraktion, teilt mit, dass er auch Mitglied der Begleitgruppe war und die Gehaltsentwicklung begleiten durfte. Stadtrat von Känel Ulrich dankt für die transparente Präsentation und die Möglichkeit, sich mit Personen aus der Verwaltung auszutauschen und Fragen direkt zu stellen, um die entsprechenden Antworten zu erhalten. Die Grafik auf der Seite 2 der Stadtratsvorlage zeigt, dass die Stadt Burgdorf den finanziellen Spielraum nicht ausschöpft. Das ist in diesem Sinne positiv zu bewerten und kann es auch als Anerkennung sagen. Die Stadt Burgdorf geht bezüglich Lohnentwicklung sorgfältig vor. Es stellt sich jedoch die Frage, ob wirklich jede neue Stelle notwendig und nutzbringend ist. Man will deshalb den Fokus darauf legen. Der Lohnwachstum oder der Personalkostenwachstum ist primär aus der Schaffung neuer Stellen zustande gekommen. Im Sinne einer Anerkennung über die Leistung der gesamten Verwaltung unterstützt die GLP-Fraktion den vorliegenden Antrag zur Gehaltsentwicklung. Beim Sozialapéro hat Stadtrat von Känel Ulrich teilgenommen und es ist aufgefallen, dass relativ schnell über die Verwaltung gemotzt wird. Das scheint irgendwie ein natürlicher Reflex zu sein. Es ist aber der Zeitpunkt und die Gelegenheit zu sagen, dass wir zum Teil auf hohem Niveau jammern und es auch angebracht ist, einmal der Verwaltung Danke zu sagen, dass wir in einer gut funktionierenden Stadt leben dürfen.

Stadtrat Bangerter Walter, namens der Grüne-Fraktion, teilt mit, dass er ebenfalls Mitglied der Begleitgruppe war und über die Gehaltsentwicklung informiert wurde. Es ist erfreulich, dass das Lohnsystem der Stadt Burgdorf so stabil und gerecht beurteilt wird. Die Löhne sind eher tief und dürften sogar steigen, da man noch Möglichkeiten hätte. Erfreulich war vor allem, dass die höchsten Löhne nur 3.82-mal höher sind als der niedrigste Lohn. Klingler Urs hat erwähnt, dass dieser Faktor in der Privatwirtschaft teilweise 20-mal höher ist. Das spricht doch für ein sehr faires Lohnsystem und wird deshalb begrüsst. In diesem Sinn kann die Grüne-Fraktion den Anträgen des GR folgen.

### **Abstimmung**

1. Der Stadtrat bewilligt für die individuelle Gehaltsentwicklung in der Legislatur 2025 bis 2028 eine jährliche Erhöhung des Bruttolohnaufwandes (Sachgruppe 301) um 1%.
2. Zusätzliche Stellen (Köpfe, VZE und Kosten) sollen die Lohnentwicklung gemäss Ziffer 1 nicht beeinträchtigen, ein Stellenabbau darf die Lohnentwicklung nicht verbessern.
3. Er beauftragt den Gemeinderat, diese Lohnmassnahmen im Hinblick auf die nächste Legislatur erneut zu evaluieren (2. Quartal 2028).

### **Beschluss**

Der Stadtrat genehmigt mit 33 Ja Stimmen bei 6 Enthaltungen die Anträge.

---

SRB: 2024-831 | Registratur-Nr. 3.4.1

### **Budget 2025**

### **Verhandlung**

Stadratspräsidentin Vogt Anette stellt die Eintretensfrage. Gemäss Stillschweigen ist das Eintreten unbestritten.

Stadtrat Greisler Yves, namens der GPK, teilt mit, dass die GPK an ihrer ordentlichen Sitzung vom 17. Oktober 2024 das Budget eingehend beraten hat. Als Auskunftspersonen anwesend waren Gemeinderat von Arb Peter, stellvertretend für die abwesende Ressortchefin Kuster Müller Beatrice, Muralt Christoph, Leiter Finanzdirektion. Die GPK dankt allen am Budgetprozess beteiligten Personen für ihre Arbeit und die bereit gestellten Dokumente. In der Vergangenheit wurden immer noch kleinere Anpassungen am Kompass gemacht, in diesem Jahr wurden seitens der GPK keine Verbesserungen verlangt, da dieser mittlerweile ein ordentliches Niveau erreicht und sich als gutes Instrument etabliert hat. Ebenfalls wurden die vorgebrachten materiellen und redaktionellen Anpassungsvorschläge anlässlich der GPK-Sitzung umgesetzt. Die Ausführungen zum Budgetprozess und auch die Informationsveranstaltung zum Budget begrüsst die GPK sehr. Es ist generell nicht Aufgabe der GPK, politisch zu beurteilen, sondern lediglich zu prüfen und festzustellen. Was der SR als gesetzgebende Instanz damit macht, ist seine Sache. Grundsätzlich ist festzustellen, dass es nach wie vor müssig ist darüber zu diskutieren, ob man beispielsweise bei den Steuereinnahmen zu optimistisch oder zu pessimistisch war. Auch der Kanton ist nach wie vor wegen der schwankenden Abgaben und der Aufgabenverschiebungen zwischen Kanton und Gemeinde kein zuverlässiger Partner. Die Vorgabe ist aber klar, ein ausgeglichenes Budget zu erstellen. Das wäre einmal mehr, ohne die am 22. Juni 2020 durch den SR beschlossene Auflösung der Neubewertungsreserven von 5.4 Mio. Franken, kaum zu bewerkstelligen gewesen. Ab dem Jahr 2026 ist das dann auch nicht mehr möglich. Aufgrund der anstehenden Investitionen wird einerseits ein zu tiefer Selbstfinanzierungsgrad und die damit verbundene Neuverschuldung und andererseits ein schrumpfendes Eigenkapital die Folge sein. Beides ist im Aufgaben- und Finanzplan 2026 bis 2028 ersichtlich. Eine externe Firma wurde beauftragt, einen Prüfbericht zu erstellen, der die relevantesten Kennzahlen analysiert und vergleicht. Diese kommt zum Schluss, dass die Selbstfinanzierung in den nächsten fünf Jahren erhöht werden muss. Diese Kennzahl lässt sich wie zahlreiche andere auch nur durch drei Massnahmen verbessern. Erstens die Steigerung der laufenden Einnahmen, zweitens die Senkung der laufenden Ausgaben und drittens die Senkung der Nettoinvestitionen. Hier sind Massnahmen und Ideen des GR gefordert, aber andererseits ist es

grundsätzlich auch eine legislativ-politische Aufgabe, über die Ausgaben zu entscheiden. Zum Schluss dankt die GPK noch einmal allen Beteiligten für ihre Arbeit und die Mitwirkung im Zusammenhang zum Budget 2025. Die GPK empfiehlt dem SR das vorliegende Budget zur Behandlung.

Gemeinderätin Kuster Müller Beatrice teilt mit, dass das Budget im Gesamthaushalt einen Gewinn von 3.5 Mio. Franken aufweist. Das ist 0.9 Mio. Franken schlechter als im Jahr 2024. Beim allgemeinen Haushalt resultiert ein Gewinn von 5.37 Mio. Franken bei einem Gesamtumsatz von 123 Mio. Franken. Das Budget beinhaltet die letzte Entnahme der Neubewertungsreserve von 5.4 Mio. Franken. Ohne die Neubewertungsreserve hätte das Budget nicht ausgeglichen präsentiert werden können. Das bedeutet, dass wirklich weitere Anstrengungen nötig sind, damit das Ziel im Jahr 2026 ein ausgeglichenes Budget zu präsentieren, erreicht werden kann. Der Budgetprozess hat sich im Jahr 2024 als intensiv erwiesen. Intensiv vor allem für die Verwaltung. Das Budget wurde an drei Sitzungen beraten, um jedes Mal Verbesserung zu bringen. Die Finanzdirektion hat immer wieder Vorschläge unterbreitet und die einzelnen Direktionen haben diese überprüft. Die Direktionen haben auch immer Hand geboten für Verbesserungen. Die Stadt Burgdorf hat aber auch Aufgaben, welche auch zum Teil im SR beschlossen wurden. Seit Jahren wird bemängelt, dass das operative Ergebnis nicht dort ist, wo es sein sollte. Das ist korrekt, aber es waren immer Bestrebungen da. Vor dem Jahr 2020 war das operative Ergebnis gut und man hat einigermaßen eine schwarze Null geschrieben. Die geplanten Investitionen für das Jahr 2025 sind Projekte, die parat sind zur Auslösung wie zum Beispiel die Phase 2 bei B.move, der Hochwasserschutz Heimiswilbach, die Parkierungsanlage Friedhof, die B+R Anlagen Bahnhof Nord, die Rollsportanlage Lindenfeld, die Gesamtanierung Schulanlage Schlossmatt und Neumatt sowie der Holzmodulbau Schulhaus Schlossmatt. Die Kosten für diese Investitionen betragen total 12.7 Mio. Franken. Diesen Betrag können wir nicht aus eigenen Mitteln finanzieren. Aus diesem Grund erfolgt eine Neuverschuldung. Es wird damit gerechnet, dass eine Neuverschuldung von rund 8 Mio. Franken nötig sein werden. Es gibt besondere oder abweichende Merkmale im Budget. Die Personalkosten nehmen gegenüber dem Budget 2024 um rund 0.9 Mio. Franken zu. Diese beinhalten die Lohnmassnahmen und im Moment noch der Teuerungsausgleich von 1 Prozent. Der Stellenetat ist auch im Budget 2025 erhöht worden. Der GR bewilligte in Einzelgeschäften drei neue Stellen, welche im Budget 2025 enthalten sind. In der Baudirektion 100 Prozent bei der Verkehrsplanung und 80 Prozent bei der Projektassistenz sowie 80 Prozent in der Bildungsdirektion und Sozialdirektion für die Sofortmassnahmen im Gyrischachen. Noch nicht bewilligte Stellen sind nicht im Budget enthalten. Bei den Steuern ist in Vergleich zum Budget 2024 ein Mehrertrag von 3.7 Mio. Franken vorgesehen. Das entspricht einer Zunahme von 7.7 Prozent. Die Steuereinnahmen entsprechen den kantonalen Empfehlungen und wurden wo nötig durch Erfahrungswerte aus den vergangenen Jahren und Informationen aus grösseren Gemeinden im Kanton Bern ergänzt. Die Einkommens-, Vermögens- und Quellensteuern, die Liegenschaftssteuern und Grundstückgewinnsteuern bleiben unverändert. Es zeichnet sich auch dort eine gute Situation ab. Zudem hätten wir das vor Jahren bereit gestellt Gefäss der Spezialfinanzierung Steuerausgleich mit einem Bestand von 3.7 Mio. Franken. Diese Spezialfinanzierung kann nur für die Kompensation von Mindereinnahmen der Steuern eingesetzt werden. Bei Steuerentwicklung der juristischen und natürlichen Personen hat man eine gute Mischung, so dass man eigentlich ein recht stabile Steuereinnahmesituation hat. Bei den Kantonsabgaben ist es immer schwierig zu sagen, wie es weitergeht. Bei den Kantonsabgaben rechnet man mit einer Zunahme von 4 Mio. Franken gegenüber dem Budget 2024. Hauptsächlich für den Mehraufwand ist die Erhöhung bei den Beiträgen an private Haushalte und Sozialhilfe, bei den Lehrerlöhnen und dem Lastenausgleich. Das Jahr 2025 enthält einen Transferertrag von 31.6 Mio. Franken, was ein Mehrertrag zum Budget 2024 von 0.8 Mio. Franken bedeutet. Ab dem Jahr 2026 entfällt die Entnahme aus den Neubewertungsreserven von jährlich 5.4 Mio. Franken. In den Planungsjahren 2026 und 2027 werden deshalb mit Verlusten von jährlich 0.5 Mio. Franken gerechnet. Das Ziel, auch ohne die Entnahme aus den

Neubewertungsreserven ein ausgeglichenes Ergebnis zu erzielen, kann mit dieser Ausgangslage in den Planjahren 2026 und 2027 nicht mehr erreicht werden. Per 31. Dezember 2027 wird das bestehende Verwaltungsvermögen vollständig abgeschrieben sein. Deshalb wird ab dem Planjahr 2028 die Erfolgsrechnung durch reduzierte Abschreibungen um rund 2 Mio. Franken entlastet, was zu einem prognostizierten Gewinn von 1.5 Mio. Franken führt. Bei den Kantonsabgaben rechnet man mit einer Zunahme von 1.6 Mio. Franken. Die Kantonsabgaben sind sehr ungenau und unsicher. Von den 123 Mio. Franken, die wir investieren betreffen fast 70 Prozent die Kantonsabgaben. Bei den Verbindlichkeiten sind auch die Darlehen aufgeführt, bei denen eine Wellenbewegung auszumachen ist, einerseits eine Steigerung und andererseits aber auch eine gewisse Stabilität. Nicht im Budget 2025 enthalten ist eine Öffnung der Spezialfinanzierung Klimaforce, die Investitionsprojekte, die Gebäudesanierungsstrategie und die Schulraumentwicklung sowie das neue Hallenbad. Der Finanzmasterplan wurde vom SR gefordert und ist ein gutes Instrument. Es zeigt, dass ein ausgeglichenes Ergebnis über die Periode 2029 bis 2031 möglich ist. Die Berechnungen sind aber sehr grob gehalten, dies aufgrund des Zeithorizonts, und sollte nachvollziehbar sein. Der SR wird gebeten, das Budget 2025 zu genehmigen.

Stadtratspräsidentin Vogt Anette macht darauf aufmerksam, dass man bei den Voten auf Wiederholungen verzichten soll und sich allenfalls den Vorrednern anschliessen kann. Wir sparen dadurch Zeit.

Stadtrat Dür Hermann, namens der SVP-EDU-Fraktion, teilt mit, dass man bei den Ausführungen zum Budget wegen der langen Liste von Projekten, die aufgezählt wurden und nicht im Budget enthalten sind, etwas verwirrt ist. Im Vorjahr kam es bekanntlich nach der Budgetsitzung zu grossen Kreditnachtragsgesuchen, die dem GR an der Budgetsitzung durchaus bekannt waren, aber nicht ins Budget eingeflossen sind. An dieser Stelle verweist Stadtrat Dür Hermann auf die Interpellation zur Wiederherstellung der Glaubwürdigkeit bei der Budgetierung und die erfreuliche Zusage des GR, die Transparenz zu erhöhen. Man ist davon ausgegangen, dass man jetzt Danke sagen kann, dass dem SR die Nachkreditabelle 2025 vorliegt, die der SR bis jetzt nicht erhalten hat. In dieser Tabelle ist aufgeführt, dass zusätzliche Ausgaben von Fr. 98'000.-- hinzukommen. Es stellt sich deshalb die Frage, ob die Erfolgsrechnung jetzt minus die Fr. 98'000.-- abschliesst, also minus Fr. 961'000.-- statt minus Fr. 863'000.--. Oder wie ist es zu verstehen? Sind alle Sachverhalte, welche das Budget 2025 betreffen offengelegt worden? Es ist wichtig, dass der SR heute Abend alle Sachverhalte und Ausgaben kennt, mit was wir zu rechnen haben, damit wir mit dieser Grundlage über das Budget diskutieren können. Es stellt sich deshalb die Frage, ob das vorgelegte Budget mit der ergänzten Nachkreditabelle vom GR nach bestem Wissen und Gewissen die heutige Jahresrechnung für das Jahr 2025 widerspiegelt. Oder gibt es noch Sachverhalte, wie zum Beispiel geplante Einsparungen oder wahrscheinlich weitere, zusätzliche Kreditnachtragsgesuche? Gibt es absehbare Personalkostenveränderungen? Sind Kosten aus Neuverschuldungen bekannt? Gibt es Kosten für das Hallenbadprojekt, die noch nicht im Budget eingeflossen sind?

Gemeinderätin Kuster Müller Beatrice teilt mit, dass die zusätzlichen Ausgaben nicht im Budget enthalten sind, weil diese Projekte noch nicht fertig vorliegen. Keines der Projekte betrifft das Jahr 2025. Diese Auflistung dient lediglich zur Information und Transparenz und wurde im Zusammenhang mit der Finanzplanung 2025 bis 2028 erstellt. Das Budget ist per heute um 17.00 Uhr aktuell. Der GR hat aber an der heutigen Sitzung einen Beschluss gefasst, über den der SR heute informiert wurde, dass die entsprechende Vorlage an der Stadtratssitzung vom 9. Dezember 2024 traktandiert wird. Die Projekte bei der Auflistung sind Projekte, die dem SR bekannt sind wie zum Beispiel die Sanierungsstrategie und die Schulraumentwicklung sowie die Verwaltungsraumplanung. Die

Projektierungskredite sind gesprochen, aber welche Kosten auf uns zukommen, ist noch unklar. Die Auflistung wurde aus Transparenzgründen erstellt.

Muralt Christoph, Leiter Finanzdirektion, ergänzt, dass das Budget zu einem gewissen Zeitpunkt abgeschlossen sein muss und wird Stand dieses Datums erstellt. Bei den Steuern und Kantonsabgaben wie auch bei den Stellen kann es nachträglich zu Anpassungen kommen. Es kann immer wieder Beschlüsse geben, ob diese aber zulasten des Rechnungsjahres 2025 gehen, kann zum heutigen Zeitpunkt nicht gesagt werden. Die Ausgaben in der Nachkredittabelle sind nicht im Budget enthalten. Die von Stadtrat Dür Hermann gemachte Rechnung mit den offenen Projekten ist richtig.

Stadtpräsident Berger Stefan teilt mit, dass der GR über den Neubau des Hallenbades diskutiert hat. Dabei geht es um die Aktienkaptalerhöhung und ist nicht erfolgswirksam. Damit können die zusätzlichen Arbeiten wie der Architekturwettbewerb oder das qualitätssichernde Verfahren durchgeführt werden. Die geplanten Projekte werden nicht in das Budget oder die Erfolgsrechnung 2025 einfließen, aber sicher irgendwann in den Jahren 2027 und 2028.

Stadträtin Liechti-Lanz Esther, namens der EVP-Fraktion, dankt der Verwaltung für die umfangreichen, sehr komplexen, aber transparenten Unterlagen zum Budget 2025. Es sind ganz viele Zahlen, die zeigen, wie anspruchsvoll ein solcher Budgetprozess ist. Die Diskussion zeigt uns bereits, dass das Budget eigentlich immer für den Moment ist, in dem es geschrieben wird. Was nachher in den folgenden Jahren passiert und welche Geschäfte der SR behandeln muss, ist effektiv noch nicht absehbar und offen. An der Informationsveranstaltung des SR wurden die Projekte, die nicht im Budget enthalten sind, transparent aufgeführt. Das Budget 2025 ist ausgeglichen. Die EVP-Fraktion wird dem Budget 2025 zustimmen. Das Budget zeigt die Komplexität, aber auch Widersprüche. Man ist zum Beispiel froh über das Wissen, dass es zu Mehreinnahmen via Steuern kommt, aber die Freude ist gleich wieder weg, weil die Mehrausgaben auch schon wieder steigen. Die Kantonsabgaben machen unsere Stadtkasse wieder leerer. Auch der Kanton ist sehr gefordert mit seinen Geldern, die er von den Gemeinden und Städten erhält. Wenn wir aber hören, dass man im Kanton Bern für ein paar Millionen ein Gebäude gekauft hat, das sich jetzt als nicht brauchbar herausgestellt hat, dann reut einem jeder Franken, den man nach Bern abliefern muss. Die EVP-Fraktion stimmt dem Budget zu. Man wird voraussichtlich auch den zukünftigen Projekten, die bereits auf dem Tisch liegen, zustimmen. Die Stadt Burgdorf setzt nicht nur Geld ein, sondern als Burgdorferinnen und Burgdorfer erhalten wir als Nutzerinnen und Nutzer rückwirkend auch einen Gegenwert.

Stadtrat Aebi Roger, namens der Mitte-Fraktion, dankt den Verfassern des Budgets 2025 und des Aufgaben- und Finanzplans sowie des Finanzmasterplans. Man hat wieder eine grossartige Arbeit geleistet. Die Unterlagen sind am 21. Oktober 2024 auch von Muralt Christoph detailliert und transparent vorgestellt worden. Die Fragen im online Tool wurden beantwortet. Das operative Ergebnis hat sich mit minus 5.5 Mio. Franken gegenüber dem Budget 2024 wieder verschlechtert, und zwar um 0.9 Mio. Franken. Gründe sind die steigenden Kosten beim Personalsachaufwand, den Abschreibungen und dem Transferaufwand. Diese können durch die höheren Erträge aus den Steuereinnahmen nicht gedeckt werden. Das operative Ergebnis konnte wie auch schon in den letzten Jahren nur dank der Reserve aufgefangen werden. Das strukturelle Defizit bleibt leider so bestehen. Durch den geringen Selbstfinanzierungsgrad kann nur ein Bruchteil der Investitionen mit eigenen Mitteln finanziert werden. Zudem liegt die Investitionstätigkeit mit 11.7 Prozent im unteren Bereich und müsste höher sein, um die Infrastrukturen zu erneuern. Mit einem Selbstfinanzierungsgrad von nur 17 Prozent, wie es im Budget 2025 budgetiert ist, müssen die restlichen 83 Prozent fremdfinanziert werden. Das heisst, mit jeder Investition steigen die Schulden

an und damit auch die Zinskosten. Genau das ist aber das Problem. Die Schulden kosten die Steuerzahlenden mehr Geld und die Stadt Burgdorf verliert Handlungsspielraum. Die Schulden im Budget 2025 von 122 Mio. Franken verursachen Zinskosten von 1.35 Mio. Franken. Bis ins Jahr 2028 wachsen sie auf 138 Mio. Franken mit Zinskosten von 1.4 Mio. Franken pro Jahr. Das macht in zehn Jahren Zinskosten von rund 15 Mio. Franken, was einem Schulhaus Schlossmatt entspricht. Es ist deshalb an der Zeit, dass man sparsam mit den Steuergeldern umgeht. Das Steuergeld soll für die Werterhaltung und Modernisierung der Infrastrukturen wie Schulanlagen, Gebäudesanierung, Verwaltungsraum und Klimaschutz eingesetzt werden und nicht für Zinskosten. Die Mitte-Fraktion erwartet das gleich von der Finanzdirektion wie in den letzten Jahren auch. Diese decken sich auch mit der Beurteilung der finanziellen Situation der Stadt Burgdorf durch die publicXdata AG. Das Ziel muss sein, langfristig genügend in die Infrastruktur zu investieren und die Investitionen vollständig selbst finanzieren zu können. Es braucht eine nachhaltige Lösung bei den Finanzen. Die nächste Generation soll nicht unter unserem Fehlverhalten leiden. Die Mitte-Fraktion möchte auch festhalten, dass man keiner Steuererhöhung zustimmen wird ohne ersichtliche Sparmassnahmen. Die Bevölkerung leidet heute bereits unter den grossen, gestiegenen Lebenshaltungskosten und man beantragt deshalb, dass wir die Abstimmung über die Anträge 1 bis 3 separat durchführen. Die Mitte-Fraktion wird dem Antrag 1 zustimmen und bei den Anträge 2 bis 3 wird man sich enthalten.

Stadträtin Bannwart Gabriela, namens der SP-Fraktion, dankt allen Beteiligten für die Ausarbeitung der Unterlagen, die klärende Informationsveranstaltung und die transparente Gestaltung des Budgets 2025. Man anerkennt die geleistete Arbeit, insbesondere der durchgeführt Budgetprozess und die, wie wir heute bestens schon gesehen haben in der Pingpong-Diskussion, die kompetente Auskunft. Grob zusammengefasst kann festgehalten werden, dass die Vorgabe erfüllt ist und ein ausgeglichenes Budget präsentiert wird. Wenn wir aber etwas genauer hinschauen, sieht man, dass nicht alles ganz so rosig ist. Ab dem Jahr 2026 entfällt die Auflösung der Neubewertungsreserven. Man sieht aber auch, dass sie ab dem Jahr 2028 durch teilweise wegfallende Abschreibungen aus HRM1 aufgefangen werden kann. Wie können diese Finanzen verbessert werden? Erstens die Ausgaben senken. Es ist logisch, dass dies dazu führen würde, dass ein besseres Budget präsentiert werden kann. Es würde aber sicher auch dazu führen, dass Produkte und Projekte reduziert und städtische Dienstleistungen heruntergefahren werden müssten. Das schränkt schlussendlich die Stadtentwicklung und die Lebensqualität von uns allen ein und man muss sich fragen, wollen wir das wirklich? Zweitens wurde gesagt die Investitionen senken. Die SP-Fraktion ist klar der Meinung, dass clever investiert werden muss. Investitionen sollen nicht zurückgestellt werden, weil nicht getätigte Investitionen die Bürgerinnen und Bürger am Ende mehr kosten als es Schulden machen. Die beiden längerfristigen Investitionsplanungen zeigen, dass die Veränderungen in eine richtige Richtung gehen. Stadträtin Bannwart Gabriela wiederholt sich jährlich und muss es auch in diesem Jahr tun und nochmals sagen, dass eine Gemeinde nicht gleichgestellt werden kann mit der Privatwirtschaft. Es stellt sich schon die Frage, inwiefern eine Gemeinde rentieren muss? Entscheidend für die SP-Fraktion ist, dass clever und sinnvoll für das Allgemeinwohl mit den Steuergeldern umgegangen wird. Die SP-Fraktion wird den Anträgen des GR zustimmen.

Stadtrat Kämpf Jürg, namens der FDP-Fraktion, geht nicht auf die einzelnen Zahlen ein. Tatsache ist einfach, eine Stadt muss nicht rentieren, aber das Betriebsergebnis der Stadt Burgdorf beträgt minus 8.3 Mio. Franken, was sehr schlecht ist. Jahr für Jahr haben wir ein grossartiges Finanzergebnis von 4.8 Mio. Franken. Das reicht nicht um den Aufwand zu decken. Die Budgeterfüllung, die wir alle Jahre hören, ist nur Makulatur und das wissen wir. Auch in diesem Jahr sind es Millionenverschiebungen von einer in die andere Kasse ohne wirksamen Einfluss auf die eigentliche Problematik der Stadtfinanzen. Im Jahr 2016 betrug die Steuereinnahmen ohne Liegenschaftsteuer 35.4 Mio. Franken und heute werden 52 Mio. Franken budgetiert. Die Zunahme beträgt 47 Prozent. Bei der

Localnet AG hat Stadtrat Kämpf Jürg vorhin von einer Milchkuh gesprochen und jetzt spricht er von einem Goldesel. Die Millionen von der Localnet AG wurden nicht zusammengezählt. Nebst der Substanzdividende von 10 Mio. Franken, die all die Jahre in die Stadtkasse geflossen sind, hat die Localnet AG in den Jahren 2019 und 2020 2.5 Mio. Franken an Darlehen zurückbezahlt. Das hat der Schuldenentwicklung gutgetan. Seit Jahren können vorgesehene Investitionen aus unterschiedlichen Gründen nicht ausgelöst werden, was nicht die Schuld des GR ist. Deshalb rechnet man eigentlich auch nur mit 50 Prozent der Investitionen, die seit Jahren anstehen. Die Investitionen stauen sich und es wird sicher auch nicht besser. Das sind Entwicklungen, die wir Jahr für Jahr notorisch immer wieder bringen und manchmal hat man das Gefühl, das wird einfach ausgesessen und man geht weiter im Alltag. Das Wort sparen ist hier noch nicht wirklich gefallen. Die FDP-Fraktion wünscht sich, dass das Ausgabenwachstum reduziert und gebremst wird. Das wird seit Jahren eigentlich beanstandet. Es werden immer wieder neue Stellen geschaffen. Der Riegel wird dabei nicht geschoben. Die Prognosen für die Jahre 2025 bis 2028 zeigen genau dieses Bild, was man eigentlich nicht sehen will. Nach der Erschöpfung der Neubewertungsreserve ist man ratlos, wie man künftig ein ausgeglichenes Budget erreichen will. Man hat über Jahre verpasst, eine bessere Ausgangslage zu schaffen für die kostenintensiven Projekte, die transparent dargestellt sind. Diese sind praktisch noch nirgends eingeflossen, auch nicht im Finanzplan bis ins Jahr 2028. Dort erreichen wir schon 138 Mio. Franken. Man kann nicht einmal Nettoinvestitionen von 12.7 Mio. Franken aus eigenen Mitteln finanzieren. Das ist nicht einfach eine Schlechtederei, sondern eine Tatsache. Das Eigenkapital betrug im Jahr 2018 93.4 Mio. Franken und heute sind es 94.6 Mio. Franken. Also nur leicht höher. Dabei haben wir heute eine ganze Neubewertungsreserve im Spezialfinanzierungstopf von 37.2 Mio. Franken. In den letzten Jahren gab es keine substantielle Steigerung des Eigenkapitals. Deshalb steigen die Schulden in den nächsten Jahren massiv an. Typischerweise kommt man nach der Informationsveranstaltung mit einer externen Studie, die beruhigen soll und aussagt, es seien nicht alle Kennzahlen schlecht. Wenigstens ist herausgekommen, dass einer der wichtigsten die Selbstfinanzierungskennzahl ist. Es wurde geraten, diese massiv zu verbessern. Wenn diese Studie beruhigen soll, ist schleierhaft. Man ist zum Schluss gekommen, dass wir Jahre mit vielen Strategien hinter uns haben und nur wenig realisiert wurde. Trotzdem fehlen die Mittel schon heute und vor allem auch dann, um die anstehenden Projekte finanzieren zu können. Es macht jedoch keinen Sinn, das Budget abzulehnen. Die FDP-Fraktion wird sich deshalb enthalten.

Stadtrat von Allmen Jonas, namens der SVP-EDU-Fraktion, fragt sich, inwiefern man von einem ausgeglichenen Budget sprechen kann. Man budgetiert fast 1 Mio. Franken Verlust, wenn die Neubewertungsreserve berücksichtigt wird. Das ist fragwürdig. Die SVP-EDU-Fraktion wird das Budget zwar nicht ablehnen, aber man wird sich enthalten.

Stadtrat von Känel Ulrich, namens der GLP-Fraktion, dankt für die Ergänzungen zum Votum von Stadtrat Dür Hermann. Ein ausgeglichenes Budget ist die Vorgabe des SR. Man kann sich schon fragen, ob es jetzt ausgeglichen ist oder nicht. Das Defizit kommt von den Spezialfinanzierungen her und kann speziell betrachtet werden. Das Budget wird als ausgeglichen angeschaut. Man schliesst sich aber den Voten der Vorredner an. Es gibt viele Dinge, die einem wieder ein bisschen ein mulmiges Gefühl geben. Man müsste sich als SR vielleicht überlegen, ob man die Vorgaben anpassen oder ergänzen soll. Der SR ist im nächsten Jahr gefordert. Trotz allem ist es ein ausgeglichenes Budget. Es gibt zwei Interpretationsmöglichkeiten. Entweder wurde es zu optimistisch budgetiert. Einige Zahlen hat man auch hinterfragt, ob es wirklich so eintreffen wird wie budgetiert wurde. Oder sind die Zahlen wirklich realistisch? Wenn ja, dann ist es okay und die Anstrengungen der letzten Jahre haben sich gelohnt. Man anerkennt die Arbeiten der letzten Jahre und diese sollen aufrechterhalten werden. Die Erwartung ist sicher, dass wir bei gleichbleibendem Steuersatz weiterhin mit einem ausgeglichenen Budget und der entsprechenden Jahresrechnung rechnen

können. Der SR muss sich fragen, welche Vorgaben man sonst noch definieren will, damit das Budget und die Jahresrechnung so vorliegen, wie wir das gerne hätten. Die GLP-Fraktion wird dem Budget zustimmen.

Stadträtin Liechti-Lanz Esther, namens der EVP-Fraktion, teilt mit, dass in den letzten Jahren in die Spezialfonds wie zum Beispiel die Schulhäuser eingelegt wurde. Man hätte dieses Geld nicht dort platzieren müssen und hätte es zur Amortisierung der Schulden benützen können. Wir wissen aber alle, dass die Schulhäuser alle 50- bis 60-jährig sind und dringender Sanierungsbedarf besteht. In den letzten 20 bis 30 Jahren hat man diesbezüglich gar nichts investiert. Es besteht dringender Handlungsbedarf. Deshalb war es weise, dass man sich entschieden hat, anstatt Schulden abzubauen, was im Moment gut ausgesehen hätte, das Geld in die Spezialfinanzierung zu legen.

Stadtrat von Allmen Jonas, namens der SVP-EDU-Fraktion, teilt mit, dass man von der Neubewertungsreserve gesprochen hat. Inwiefern man damit hätte Schulden zurückzahlen können, ist fraglich.

Stadtrat Käsermann Fabian, namens der SP-Fraktion, möchte klarstellen, dass die Vorgabe des SR für ein ausgeglichenes Budget im allgemeinen Haushalt erfüllt ist.

Stadtrat Kämpf Jürg, namens der FDP-Fraktion, teilt mit, dass die Vorgabe erfüllt ist, aber das ist genau das Trügerische. Das Problem ist aber nicht gelöst. Wir wissen ja, weshalb es in den letzten Jahren so war, es waren nicht erarbeitete Mittel und kein effektiver Gewinn aus dem Haushalt der Stadt Burgdorf. Deshalb müssen wir genau hinschauen. Es geht nicht darum, das Budget zu verteufeln, aber das Null täuscht einfach gewaltig über etwas hinweg, das sehr gefährlich ist. Man stellt sicher nicht in Frage, dass man alle die anstehenden Projekte angehen muss. Wir haben es in den letzten acht Jahren einfach verpasst, bessere Voraussetzungen zu schaffen und das wird kritisiert. Irgendeinmal werden wir vor dem Berg stehen und es werden schwierige Diskussionen werden. Der SR muss dann entscheiden, was priorisiert wird und was nicht. Wir werden in den nächsten drei bis vier Jahren nie alles stemmen können.

Gemeinderätin Kuster Müller Beatrice teilt mit, dass man nichts anderes sagt, als dass man bereits daran arbeitet. Der SR ist wie der GR in der Pflicht. Der GR ist auf jeden Fall gegen eine Steuererhöhung. In keinen der Unterlagen ist irgendwo von einer Steuererhöhung die Rede. Der Finanzplan für die nächsten zehn Jahre wurde mit keiner Steuererhöhung erstellt. Man hat keine Studie gemacht, sondern von der externen Firma publicXdata AG spiegeln lassen, was man alle fünf Jahre machen wird. Es wurden Fr. 5'000.-- budgetiert und die Rechnung betrug Fr. 4'000.--. Bei der Arbeitsgruppe Kennzahlen wird der Bericht aufgeschaltet. Der Bericht braucht aber Erklärungsbedarf, deshalb wird dieser nicht einfach aufgeschaltet. Die Schulden betragen 123 Mio. Franken und davon sind 44 Mio. Franken Darlehen. Die Darlehen werden oftmals auch eingefordert.

### **Abstimmung**

1. Im Jahr 2025 sind folgende Gemeindesteuern zu erheben:
  - a) auf den Gegenständen der Kantonssteuer das 1.63fache (unverändert) der gesetzlichen Einheitsansätze;
  - b) eine Liegenschaftssteuer von 1.0 Promille (unverändert) des amtlichen Wertes.

### **Beschluss**

Der Stadtrat genehmigt einstimmig den Antrag.



### Abstimmung

2. Das Budget 2025 wird genehmigt bestehend aus:

	<b>Aufwand in CHF</b>	<b>Ertrag in CHF</b>
<b>Gesamthaushalt</b>	131'173'960.38	130'310'502.19
Aufwandüberschuss		863'458.19
<b>Allgemeiner Haushalt</b>	123'799'519.19	123'799'519.19
Ertragsüberschuss	0.00	
<b>SF Abwasserentsorgung</b>	3'693'695.87	3'209'500.00
Aufwandüberschuss		484'195.87
<b>SF Abfallentsorgung</b>	2'067'375.63	2'159'000.00
Ertragsüberschuss	91'624.37	
<b>SF Feuerwehr</b>	1'613'136.69	1'142'250.00
Aufwandüberschuss		470'886.69

### Beschluss

Der Stadtrat genehmigt mit 23 Ja Stimmen bei 16 Enthaltungen den Antrag.

### Abstimmung

3. Die Saldi der Erfolgsrechnung 2025 der nachfolgend genannten Organisationseinheiten und Produktgruppen (Deckungsbeitrag 5) werden genehmigt (Art. 10 Abs. 3 NPMR):

- PraD: PG 10, 11, 13 und 14
- BauD: PG 20, 21, 22, 23, 24 und 25
- ESiD: PG 32, 33, 34, 35, 36 und 37
- BilD: PG 50, 51 und 52
- SozD: PG 60, 61, 62 und 63
- FinD: PG 70

### Beschluss

Der Stadtrat genehmigt mit 23 Ja Stimmen bei 16 Enthaltungen den Antrag.

---

SRB: 2024-832 | Registratur-Nr. 1.7.1

### Auftrag Grüne Burgdorf betreffend Weiterentwicklung Radwegring

### Verhandlung

Seitens der GPK werden keine Bemerkungen gemacht.

Gemeinderat Bucher Theophil teilt mit, dass der Auftrag den Charakter einer Richtlinie hat, da der Gegenstand in die abschliessende Zuständigkeit des GR fällt. Der vorliegende Auftrag verfolgt grundsätzlich das gleiche Ziel wie der GR, nämlich ein leistungsfähiges, sicheres, durchgängiges und attraktives Veloroutennetz, welches den sehr vielfältigen Nutzergruppen gerecht wird. Gemischtverkehrsflächen, enge Platzverhältnisse und eine zunehmende Anzahl verschiedener, neuer Verkehrsteilnehmenden bedeuten in Städten und Gemeinden eine Herausforderung. In sich verdichtenden Siedlungsgebieten, und Verdichtung ist das Gebot der Stunde, da sind sich alle politischen Lager einig, müssen Lösungen gefunden werden, um gemeinsame Flächen effizienter zu

nutzen. An der Sicherheit der Verkehrsteilnehmenden dürfen wir dabei keine Abstriche machen. Burgdorf setzt dabei auf einen systemischen Ansatz, mit dem die Ansätze und Lösungen der Vergangenheit weiterentwickelt werden sollen. Ein erster Schritt dazu ist ein Netzwidestandskataster, der in den letzten zwei Jahren erstellt worden ist und laufend weiter gefüttert wird. Diese Datenbank ist die Grundlage für eine gesamtheitliche Velonetzplanung, die in diesem Quartal in Angriff genommen worden ist und eine wichtige Massnahme der Mobilitätsstrategie ist. Gleichzeitig läuft auch die regionale Velonetzplanung, auf welche die städtische Planung abgestimmt wird und deren Ergebnisse im Jahr 2027 in den kantonalen Sachplan Veloverkehr übernommen werden. Die Bitte im online-Tool, den Netzwidestandskataster öffentlich aufzuschalten, ist grundsätzlich nachvollziehbar. Dazu ist zu sagen, dass es sich beim Netzwidestandskataster um eine Datenbank und um einen Bestandteil der laufenden Velonetzplanung handelt. Der Netzwidestandskataster ist für die Stadtverwaltung aktuell ein Arbeitsinstrument und wurde noch nicht für die Öffentlichkeit aufbereitet. Eine Übersichtskarte der Widerstände ist vorhanden, ohne entsprechende Kommentare ist diese schwierig lesbar und bietet deshalb keinen Mehrwert. Falls das Instrument für die Öffentlichkeit aufgeschaltet werden soll, braucht es vorgängig einiges an Überarbeitungs- und Aufbereitungszeit. Kurzfristig war das nicht möglich, im Rahmen der Umsetzung der Mobilitätsstrategie soll dies jedoch geschehen. In der Mobilitätsstrategie wird das im Auftrag formulierte Anliegen aufgenommen. Der GR empfiehlt deshalb, den Auftrag anzunehmen.

Stadträtin Müller Vicky, namens der Grüne-Fraktion, teilt mit, dass die Weiterentwicklung des Radwegrings dringend nötig ist. Man braucht eine einheitliche Signalisierung, lückenlose und sichere Verbindungen, Verknüpfung von Quartieren und öffentlichen Institutionen wie auch Schulhäusern, die zum Teil noch etwas länger werden. In den letzten 15 Jahren hat es kaum mehr Weiterentwicklungen in diesem Rahmen gegeben und man ist deshalb sehr froh, dass der GR das Anliegen unterstützt. Mit den Einsichten aus dem erarbeiteten Netzwidestandskataster werden Anpassungen vorgesehen und auch eine grossflächige Velonetzplanung will man machen. Auf diese Punkte wie auch auf die Verabschiedung der Mobilitätsstrategie ist man sehr gespannt.

Stadtrat Maier Elias, namens der FDP-Fraktion, teilt mit, dass der Veloverkehr in Burgdorf unterstützt wird und auch ein guter, durchgehender Radwegring für alle Verkehrsträger richtig und wichtig ist. Trotzdem soll hier gesagt sein, dass dieser Vorstoss in die Kategorie Wahlkampf geht. Wieso? Im nationalen Veloweggesetz kann es nachgelesen werden. Die Kantone und Gemeinden sind für die Veloweg- und Netzplanung zuständig. Im Absatz 3 ist festgehalten, sie erschliessen und verbinden insbesondere Wohngebiete, Arbeitsplätze, Schulen, Haltestellen, öffentliche Einrichtungen, Einkaufsläden, Freizeit und Sportanlagen sowie Velowegnetze für die Freizeit. In Artikel 6 wird weiter erläutert, dass die für die Planung der Velowegnetze zuständigen Behörden im Grundsatz dafür sorgen, dass die Velowege zusammenhängend und durchgehend sind, dass es eine direkte Streckenführung gibt, die Velowege sicher sind und der Veloverkehr, wo möglich und angebracht, getrennt vom motorisierten Verkehr und vom Fussverkehr geführt wird. Letztlich noch die Netze attraktiv sind und dass die Velowegnetze für die Freizeit, für die Velofahrerinnen und Velofahrer eine hohe Erfolgsqualität aufweisen. Die Forderungen des Auftrages ist keine Forderung, sondern eine Pflichtaufgabe. Für eine Stadt, die sich Velostadt nennt, soll dies konkret an die Hand genommen werden. Gerade von einem rot-grünen GR sollte man dies eigentlich erwarten können. Es soll kein Papiertiger sein, sondern in diesem Fall mit dem entsprechenden Beton am richtigen Ort. In diesem Sinn wird die FDP-Fraktion dem Auftrag zustimmen. Man hätte aber vom GR auch erwarten können, dass man einen solchen Auftrag einfach auch gleich abschreibt. Gemeinderat Bucher Theophil hat vieles bereits gesagt, was alles schon aufgegleist ist und gemacht wurde.

Stadtrat Hauser Peter, namens der SP-Fraktion, teilt mit, dass man den Auftrag unterstützt, wonach das Velonetz ausgebaut wird und vor allem der Radwegring schön beschildert wird. Es braucht diesen Auftrag oder hat diesen Auftrag gebraucht. Die SP-Fraktion wollte vor etwa drei oder vier Jahren schon einmal genau dieses Thema aufgreifen. Man hat erkannt, dass das Velowegnetz nicht mehr ganz dem entspricht, was man sich einmal erträumt hat. Man war jedoch der Meinung, dass es keinen Auftrag und stadträtliche Arbeit braucht. Man hat die Anfrage direkt bei der Baudirektion gemacht, aber es hat nicht ganz gefruchtet. Die SP-Fraktion unterstützt den Auftrag.

Stadtrat Hirschi David, namens der EVP-Fraktion, teilt mit, dass es ein Anliegen ist, dass man diesen Radwegring wirklich weiterentwickelt. Gerade für jene, die regelmässig mit dem Velo unterwegs sind, wissen, wie viele Lücken es gibt. Erwähnt werden kann zum Beispiel das Gebiet im Lindenzfeld und das Spitalgebiet zum Schlossmatt. Dort ist es sehr mühsam, wenn man mit dem Velo unterwegs ist. Aber auch die Region um den Bahnhof in Richtung Aebi-Unterführung zum Tiergarten ist mühsam. Der Auftrag ist nötig und es muss wirklich noch etwas gemacht werden.

Stadträtin Liechti-Lanz Esther teilt mit, dass sie vor kurzem erstmals Ferien in Bilbao in Spanien gemacht hat. Sie war sehr beeindruckt bezüglich der Radwege in dieser Stadt. Sie ist nach Hause gekommen und hat sich gedacht, da kann sich Burgdorf ein Beispiel nehmen. In den letzten Jahren ist bezüglich dieses Themas nichts bis sehr wenig gegangen. Zum Votum von Stadtrat Maier Elias betreffend Wahlkampf hätte man besser sagen sollen, dass man es als Wahlkampf empfindet.

#### **Abstimmung**

Annahme des Auftrags

#### **Beschluss**

Der Stadtrat stimmt einstimmig dem Antrag zu.

---

SRB: 2024-833 | Registratur-Nr. 1.7.1

#### **Postulat SVP/EDU-Fraktion betreffend Überprüfung von Lizenzgebühren von Software**

#### **Verhandlung**

Seitens des GR und SR werden keine Bemerkungen gemacht.

#### **Abstimmung**

Annahme des Postulats.

#### **Beschluss**

Der Stadtrat stimmt einstimmig dem Antrag zu.

---

SRB: 2024-834 | Registratur-Nr. 1.7.1

## **Postulat EVP-Fraktion betreffend Demenzfreundliche Stadt Burgdorf**

### **Verhandlung**

Seitens des GR werden keine Bemerkungen gemacht.

Stadträtin Veraguth Beryll, namens der EVP-Fraktion, teilt mit, dass Demenzerkrankungen weit verbreitet sind und eine grosse Belastung für die Betroffenen und ihr Umfeld darstellen. Unwissenheit und Stigmatisierung erschweren zudem das Leben mit der Krankheit. Ein Konzept für eine demenzfreundliche Stadt könnte Burgdorf helfen, den gesellschaftlichen Herausforderungen zukunftsorientiert zu begegnen. Die EVP-Fraktion freut sich über die ausführliche Prüfung und Beantwortung des Postulats und unterstützt selbstverständlich den Antrag des GR.

Stadtrat Maier Elias, namens der FDP-Fraktion, dankt für den vorliegenden Vorstoss, der ein sehr berechtigtes Anliegen aufbringt. Das Thema Demenz ist wichtig, gerade im Zusammenhang mit dem Megatrend der alternden Gesellschaft. Die Stadt Burgdorf wird sich noch mehr mit diesem Thema beschäftigen. Für alle Betroffenen von Angehörigen kann man gut nachvollziehen, dass die Stadt Burgdorf bei diesem Thema eine aktivere Rolle einnehmen soll. Gerade beim Verständnis und Respekt beim Umgang, den man mit einer demenzerkrankten Nachbarschaft haben möchte, ist selbstverständlich und sollte auch von unserer Bevölkerung erwartet werden können. Wenn es sinnvolle Ideen und Lösungen gibt, unterstützt man das selbstverständlich. Jedoch will man keinen Papiertiger. Es scheint schon sehr viel Know-how und Fachunterlagen bei den Fachorganisationen da zu sein, wie Gemeinderätin Gübeli Charlotte im online Tool erläutert hat. Es werden zwar keine weiteren Kosten entstehen, trotzdem wird die Verwaltung hier auch wieder Aufwand haben. Man plädiert deshalb, dass man das Rad nicht neu erfindet. Burgdorf soll die richtigen Massnahmen festlegen. Die FDP-Fraktion wird sich zum Postulat enthalten.

Stadtrat Schärf Philipp, namens der GLP-Fraktion, teilt mit, dass man die Ausarbeitung wirklich grossartig findet. Gratulation an den GR. Es wurden die richtigen Fragen gestellt und auch die richtigen Stellen angefragt. Stadtrat Schärf Philipp kann sich den Vorrednern anschliessen. Es ist wichtig, dass es kein Papiertiger wird. Das würde der Sache nicht gerecht. Bei einer Annahme sind eine Fokussierung und Priorisierung wichtig, denn das Thema ist wichtig und wird noch viel wichtiger. Die Stadt Burgdorf soll die angebotene Expertise aus den bereits bestehenden Gefässen als massgebend erachten. Die Stadt Burgdorf soll sozusagen Koordinatorin werden, damit das Thema Demenz sichtbar wird und tatsächliche Verbesserungen im Alltag für die Betroffenen entstehen können. Die GLP-Fraktion empfiehlt die Annahme.

Stadträtin Karrer-Siegenthaler Karin, namens der SP-Fraktion, teilt mit, dass die Nationale Demenzkonferenz, die jährlich von Public Health Schweiz und Alzheimer Schweiz organisiert und durchgeführt wird, auf ihrer Webseite schreibt, dass das Alter der grösste Risikofaktor sei an Alzheimer oder einer anderen Demenzform zu erkranken. Im Wissen darum, dass sich die Zahl der Senioren bis 2050 mehr als verdoppeln wird, besteht nach Meinung der SP-Fraktion definitiv auch Handlungsbedarf seitens der Stadt Burgdorf. Man ist sicher, dass es kein Papiertiger wird. In diesem Sinn dankt man der EVP-Fraktion für das Einreichen dieses Postulats. Man ist erfreut über die Bereitschaft der Stadt Burgdorf, ein entsprechendes Konzept für eine demenzfreundliche Stadt in Burgdorf zu schaffen. Auch dass die Meinungen von Fachstellen eingeholt wurden, wird begrüsst. Die eingangs erwähnten Stellen Public Health Schweiz und Alzheimer Schweiz wären bestimmt ebenfalls

kompetente und erfahrene Anlaufstellen. Die SP-Fraktion wird das Postulat annehmen und wünscht sich, dass alle in Würde alt werden dürfen.

Stadtrat Käsermann Fabian bittet darum, dass man nicht von demenzfreundlicher Stadt spricht, sondern von einer freundlichen Stadt für demente Leute.

### **Abstimmung**

Annahme des Postulats.

### **Beschluss**

Der Stadtrat stimmt mit 29 Ja Stimmen bei 10 Enthaltungen dem Antrag zu.

---

SRB: 2024-835 | Registratur-Nr. 1.7.1

### **Verschiedenes und Unvorhergesehenes**

#### **Verhandlung**

Es werden folgende parlamentarische Vorstösse und Aufträge eingereicht:

- Auftrag Grüne Burgdorf betreffend Geschlechterquote Direktionsleitungen
- Interpellation Grüne Burgdorf betreffend Abwesenheit aufgrund Menstruationsbeschwerden
- Interpellation Grünliberale Partei Burgdorf betreffend Adaptive (intelligente) Strassenbeleuchtung
- Interpellation Die Mitte betreffend Angebot für Jugendliche im Jugendtreff Waldeggweg

Gemeinderätin Gübeli Charlotte teilt mit, dass am letzten Donnerstag das Sozialapéro stattgefunden hat. Es waren diverse Mitglieder des SR anwesend. Es war ein ganz schöner Anlass. An dieser Stelle ein herzliches Dankeschön an die Mitglieder der Sozialkommission, die den Anlass organisiert haben.

Stadtratspräsidentin Vogt Anette teilt mit, dass im Hotel Stadthaus für den Schlummertrunk reserviert ist.

---

Burgdorf, 21. November 2024

Namens des Stadtrates



Anette Vogt  
Stadtratspräsidentin



Brigitte Henzi  
Protokollführerin